

Stenographisches Protokoll.

136. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

II. Gesetzgebungsperiode.

Freitag, 12. März 1926.

Inhalt.

Personalien: Angelobung Paul Johannes Schlesinger und Richard Seidel (3389).

Regierungsvorlagen: 1. Änderung des Gesetzes vom 5. Juni 1890, betr. die grundbücherliche Einverleibung von Privatgrundstücken in geringfügigen Grundbuchsachen (B. 503);

2. Einspruch des Bundesrates gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates, betr. die Verlängerung des Bauaufwandbegünstigungsgesetzes vom Jahre 1923 (B. 504);

3. Beiträge der Bundesstraßenverwaltung zu nicht-ärarischen Straßen- und Brückenbauten im Jahre 1926 (B. 505);

4. Gesetz, betr. die in alten österreichisch-ungarischen Kronen entstandenen privaten Forderungen und Schulden gegenüber Neuitalien (B. 506);

5. Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Republik (B. 507);

6. Verfassungsgerichtshofgesetz-Novelle (B. 508);

7. Steueramnestiegesetz 1926 (B. 511);

8. Gesetzentwurf, betr. zwei Ergänzungen des II. Haupttitels des Personalsteuergesetzes vom Jahre 1924 (B. 512) (3389).

Verhandlung: Mündlicher Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (B. 490), betr. den Einspruch des Bundesrates gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates über die Frist und das Verfahren in den Fällen des Artikels 12, Absatz 3, Bundes-Verfassungsgesetz (Übergang der Zuständigkeit einer Angelegenheit des Elektrizitätswesens an das Bundesministerium für Handel und Verkehr) (B. 509) — Antrag auf bringliche Behandlung (3390) — Berichterstatler Dr. Dostal (3390) — Annahme des Gesetzes in 2. u. 3. Lesung (3392).

Dringliche Anfrage: Zelenka, Abram, Pölzer u. Gen. an die Bundesregierung über die Steigerung der Arbeitslosigkeit durch die Mißgriffe der Verwaltung (3390) — Abram (3392 u. 3411), Minister Dr. Resch (3396), Minister Dr. Schürff (3399), Minister Thaler (3401), Zelenka (3402), Dr. Hampel (3404), Niedrist (3407), Pölzer (3408).

Ausschüsse: Wahl Buchinger zum Obmannstellvertreter des Zollausschusses an Stelle Kollmann (3389).

Zusendung der Regierungsvorlagen 502, 504, 505, 506, 511 und 512 an den Finanz- und Budgetausschuß, 503 an den Justizauschuß, 507 an den Hauptauschuß und 508 an den Verfassungsausschuß. (3412).

Wahl Seitz, Schlesinger, Richard Seidel als Ersatzmänner des Zollausschusses an Stelle Forstner, Hözl und Leutner, Seidel Richard als Mitglied des Verfassungsausschusses an Stelle Schulz und Schlesinger als Mitglied des Verkehrsausschusses an Stelle Kauscha (3412).

Eingebracht wurden:

Anträge: 1. Seipel, Dinghofer, Fink, Stöckler, Kauscha, Schönsteiner, Glessin, Paulitsch, Hubel-Zeyner, Schöpfer, betr. den Beschluß eines Bundesgesetzes zwecks Bekämpfung von Mißbräuchen im Pressewesen (245/A);

2. Jarboch, betr. die Anlage von Probekulturen für den Tabakbau (246/A);

3. Jarboch, betr. Maßnahmen zur Behebung der Not der österreichischen Weinbauern (247/A);

4. Klimann, betr. Ergänzung des Goldbilanzengesetzes (248/A);

5. Zwanzger, Muchitsch, Baumgärtel, Scheibin, betr. Änderung des Gesetzes über die Zuschüsse zu den Provisionen der Bergwerksbruderladen (249/A).

Anfragen: 1. Pölzer, Müller, Bundesregierung, wegen der Behinderung der industriellen Entwicklung des Landes (307 I);

2. Glöckel, Unterrichtsminister, betr. die Publikation des Buches „Die Erfahrungen der Mittelschule mit der Volksschulreform“ (308 I);

3. Partiz, Heizinger, Minister für soziale Verwaltung, betr. den Vorgang bei Gewährung eines Hypothekendarlehens auf den Lausfigischen Besitz „Maffattischlößel“ seitens der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Wien, Niederösterreich und Burgenland (309 I).

Verteilt wurden:

Regierungsvorlagen B. 502, 503, 504, 505, 506, 507 und 508.

Antrag des Verfassungsausschusses B. 509.

Richtigstellung:

Die im Inhalt der 135. Sitzung verzeichnete Anfrage Dr. Schönbauer hat nicht die Nummer 307, sondern 305.

Präsident **Millas** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 25 Min. und erklärt das Protokoll über die Sitzung vom 18. Februar als genehmigt.

Die Ersatzmänner für Julie Kauscha und Hermann Schulz, Paul Johannes Schlesinger und Richard Seidel, leisten die Angelobung.

Der Zollausschuß hat an Stelle des zum Bundesminister für Finanzen bestellten Abg. Kollmann den Abg. Buchinger zum Obmannstellvertreter gewählt.

Eingelangt sind Regierungsvorlagen, betr. Änderung des Gesetzes vom 5. Juni 1890, betr. die grundbücherliche Einverleibung von Privatgrundstücken in geringfügigen Grundbuchsachen (B. 503); Einspruch des Bundesrates gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates, betr. die Verlängerung des Bauaufwandbegünstigungsgesetzes vom Jahre 1923 (B. 504); Beiträge der Bundesstraßenverwaltung zu nicht-ärarischen Straßen- und Brückenbauten im Jahre 1926 (B. 505); Gesetz, betr. die in alten österreichisch-ungarischen Kronen entstandenen privaten Forderungen und Schulden gegenüber Neuitalien (B. 506); Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrag

zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Republik (B. 507); betr. einen Gesetzesentwurf, womit das Bundesgesetz vom 18. Dezember 1925 über die Organisation und über das Verfahren des Verfassungsgerichtshofes (Verfassungsgerichtshofgesetz-Novelle) (B. 508); betr. den Verzicht auf nachträgliche Abänderung von Steuerbemessungen und auf Bestrafungen von Steuervergehen (Steueramnestiegesetz 1926) (B. 511); Gesetzentwurf, betr. zwei Ergänzungen des II. Hauptstückes des Personalsteuergesetzes vom Jahre 1924 (B. 512).

Eine dringliche Anfrage Zelenka, Abram, Pölzer u. Gen. an die Bundesregierung über die Steigerung der Arbeitslosigkeit durch die Mißgriffe der Verwaltung lautet:

„Wie auch im vorigen Jahre — damals allerdings geschah das schon im Jänner — machte die Regierung vor kurzem in einer amtlichen Mitteilung die Öffentlichkeit auf jene Arbeiten und Lieferungen aufmerksam, die sie im heurigen Budget zu vergeben gedenke; während sie so den Anschein erweckt, als tue sie, was in ihren Kräften steht, um zur Vinderung der Wirtschaftskrise und der furchtbaren Arbeitslosigkeit beizutragen, kann fast täglich festgestellt werden, daß die Regierung und die ihr unterstehenden Organe der Verwaltung in kürzlicher und engherziger Weise die Arbeitslosigkeit vermehren und das Aufblühen der Industrie verhindern.“

Die Bundesforstverwaltungen haben vor einem Jahr einen Stand von 2000 statutarischen Arbeitern geführt; heute sind nur mehr 1300 ständige Arbeiter vorhanden. In Gaisern und Gosau, in Wegscheid und Mitterndorf führt man jetzt einen radikalen Abbau durch; in Mitterndorf sind am 7. März 50 unständige und freie Arbeiter gekündigt worden. Auch in Gosau drohen Entlassungen größeren Umfanges — was das in einer Gegend bedeutet, in der es eine andere Beschäftigung als in den Bundesforsten nicht gibt, mag jedermann leicht ermes sen. Dies alles geschieht angesichts der Tatsache, daß der große Verwaltungsapparat nahezu unverändert geblieben ist. Eine Beschäftigung der im Frühjahr in der Holzschlägerei entbehrlich werdenden Arbeiter bei Wildbachverbauungen und Sicherungsarbeiten, bei rückständigen Aufforstungsarbeiten wäre zweckmäßig und wirtschaftlich.

Auch im Telephon- und Telegraphenbetriebe können ähnliche Erscheinungen beobachtet werden, Aushilfskräfte und Vertragsangestellte, die ohnedies eine geringe Entlohnung beziehen, werden auf die Arbeitslosenunterstützung verwiesen, obwohl man keinesfalls behaupten kann, daß alle die beabsichtigten und notwendigen Arbeiten schon durchgeführt wären. Es ist bezeichnend, daß während der jetzigen Grippeepidemie in einer Telephonzentrale fast ein Viertel der Beamten

erkrankt ist, ohne daß man es der Mühe wert gefunden hätte, die Urlaubsersatzkräfte einzuberufen.

Von anderen Bundesbetrieben könnte man ähnliche Tatsachen anführen.

Dazu kommt noch, daß in fast allen Bundesländern die politischen Behörden, wie die bekannten Beispiele im Zillertal, in Tattendorf, in Korneuburg und viele andere zeigen, die größten Schwierigkeiten machen, wenn ein industrielles Unternehmen errichtet oder vergrößert werden soll.

Ein derartiges Verhalten der Regierung und ihrer Organe in einer Zeit schwerster Krise darf nicht weiter andauern.

Die Gefertigten richten daher an die Bundesregierung die Fragen:

„1. Ist die Bundesregierung bereit, die Durchführung weiterer Entlassungen in den Bundesbetrieben zu unterlassen und die öffentlichen Arbeiten und Lieferungen für die Bundesbetriebe schleunigst zu vergeben?“

2. Was gedenkt die Bundesregierung zu veranlassen, um dem Widerstand, den man der Errichtung von industriellen Unternehmungen in den Weg legt, wirksam zu begegnen?“

Über Vorschlag des Präsidenten gemäß § 38 der Geschäftsordnung wird die dringliche Behandlung des auf der L. O. stehenden Gegenstandes beschlossen.

Es wird zur L. O. übergegangen, das ist der mündliche Bericht des Verfassungsausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (B. 490), betr. den Einspruch des Bundesrates gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 19. Dezember 1925 über die Frist und das Verfahren in den Fällen des Artikels 12, Absatz 3, des Bundes-Verfassungsgesetzes (Übergang der Zuständigkeit in einer Angelegenheit des Elektrizitätswesens an das Bundesministerium für Handel und Verkehr) (B. 509).

Berichterstatter Dr. **Dostal**: Hohes Haus! Der Bundesrat hat gegen den soeben vom Präsidenten des Hauses zitierten Gesetzesbeschluß (B. 476) aus drei Gründen Einspruch erhoben:

Erstens habe Artikel 12, Absatz 3, des Bundes-Verfassungsgesetzes lediglich jene Fälle zum Gegenstand eines Antrages wegen Übergang der Zuständigkeit in einer Angelegenheit des Elektrizitätswesens an das Bundesministerium für Handel und Verkehr machen wollen, in denen eine abschließende Entscheidung der Landesregierung gefällt worden sei. Ein beliebiger, im Zuge des Verfahrens ergehender Bescheid, etwa eine Ladung oder die Anberaumung einer mündlichen Verhandlung könne noch nicht den Anlaß zu dem Verfahren nach Artikel 12, Absatz 3, bieten.

Der Wortlaut des § 1, Absatz 2, des Gesetzesbeschlusses bringt diesen Gedanken allerdings nicht zum Ausdruck; nach der jetzigen Fassung wäre es

vielmehr möglich, daß jeder beliebige Bescheid bereits zu einer Devolvierung der Kompetenz an den Bund führte.

Das vom Bundesrat erhobene Bedenken gegen die Fassung des Gesetzesbeschlusses ist nicht ganz unbegründet. Wenn auch Artikel 12, Absatz 3, des Bundes-Verfassungsgesetzes lediglich von Bescheiden der Landesinstanzen im allgemeinen spricht und sich daher der Gesetzesbeschuß formell dieser Bestimmung der Bundesverfassung vollständig anschließt, so ist es doch nicht von der Hand zu weisen, daß auch die Bundesverfassung nur an Bescheide gedacht haben kann, mit denen eine Erledigung der betreffenden Elektrizitätsangelegenheit in der Sache selbst erfolgte. Eine solche Auslegung muß die bezogene Stelle der Bundesverfassung schon deshalb erfahren, weil sonst in Fällen, in denen die Landesregierung als einzige Landesinstanz zuständig ist, schon die Einleitung des Verfahrens durch die Ladung der Parteien oder durch Anberaumung einer mündlichen Verhandlung, die ja durch Bescheide erfolgen, die Stellung eines Antrages nach Artikel 12 ermöglichen würde, eine Konsequenz, die Artikel 12, Absatz 3, selbstverständlich nicht gewollt haben kann.

Es erscheint daher vollständig im Sinne der mehrfach bezogenen Verfassungsbestimmung, wenn das Durchführungsgesetz klar zum Ausdruck bringt, daß Bescheide, die den Anlaß zu dem Verfahren nach Artikel 12, Absatz 3, bieten sollen, die Sache erledigende Bescheide sein sollen. Es wird daher beantragt, dem § 1, Absatz 2, des Gesetzesbeschlusses folgende Fassung zu geben (*liest*):

„Die Frist beginnt für jede Partei mit der an sie erfolgten Zustellung der schriftlichen Ausfertigung des nach Artikel 12, Absatz 3, des Bundes-Verfassungsgesetzes in Betracht kommenden, also die Angelegenheiten erledigenden Bescheides, im Falle bloß mündlicher Verkündung mit dieser.“

Durch die beantragte Fassung wird der rein deklarative Charakter der Bestimmung des den Kreis der in Betracht kommenden Bescheide einschränkenden Zusatzes zum Ausdruck gebracht.

Bemerkt muß noch werden, daß die Ergänzung des Gesetzes zwecks Vermeidung der Devolvierung in einer Sache auf Grund einer bloß formalen Zwischenerledigung allerdings nur für Bescheide der Landesregierung als einzige Instanz in Betracht kommen wird. Soweit es sich um Bescheide beider Landesinstanzen, Bezirkshauptmannschaft und Landesregierung, handelt, die voneinander abweichen, wird der Fall einer Zwischenerledigung schon deshalb für einen Antrag nach Artikel 12, Absatz 3, des Bundes-Verfassungsgesetzes nicht in Frage kommen, weil eine Zwischenerledigung nach § 63, Absatz 2, des Arbeiterversicherungsgesetzes nicht Gegenstand einer abgeforderten Berufung sein kann und daher ein „abweichender Bescheid“ der Landesregierung

eben immer auch ein die Angelegenheit erledigender Bescheid im Sinne dieser Gesetzesstelle sein wird. Gerade deshalb vermeint aber auch der Verfassungsausschuß, daß die vorgeschlagene Ergänzung im Sinne der Bestimmung des Artikels 12, Absatz 3, des Bundes-Verfassungsgesetzes liegt, denn darin werden eben die beiden Fälle ganz parallel behandelt.

Die zweite Bestimmung des Gesetzesbeschlusses, die der Bundesrat bemängelt, ist die Verfügung des § 1, Absatz 3, daß das Verlangen nach Übergang der Zuständigkeit an das Bundesministerium unmittelbar beim Bundesministerium für Handel und Verkehr und nicht bei der Landesregierung einzubringen ist.

Der Bundesrat meint, daß bei ungünstiger Postverbindung aus entfernten Orten der am 14. Tage der Frist zur Post gegebene Antrag unter Umständen erst am 17. Tage beim Ministerium einlangen und die Landesregierung kaum vor dem 19. Tage zur Kenntnis dieses Antrages gelangen wird. Es sei möglich, daß inzwischen die Vollstreckung des Bescheides schon erfolgt oder zumindest begonnen sei. Es sei kein Grund vorhanden, das Verfahren nach Artikel 12, Absatz 3, des Bundes-Verfassungsgesetzes nicht in ähnlicher Weise mit dem Rechtsmittelverfahren zu ordnen und daher die Einbringung des Antrages im Wege der Landesregierung vorzuschreiben.

Die dritte vom Bundesrat gerügte Bestimmung des § 1, Absatz 4, des Gesetzesbeschlusses hatte ihren Grund darin, daß es verfassungsrechtlich bedenklich erschien, der Landesregierung, bei der der Antrag zu stellen sein wird, aufzutragen, die Akten zusammen mit dem auf Grund des Artikels 12, Absatz 3, gestellten Parteiantrag dem Bundesministerium vorzulegen, da es sich bei den in Betracht kommenden Angelegenheiten eben um solche des selbständigen Wirkungskreises des Landes handelt, hinsichtlich derer der Anschein vermieden werden soll, daß das Bundesministerium als höhere Instanz zu entscheiden habe. Es ist aber immerhin richtig, daß die in dem Einspruch geschilderten Unzukömmlichkeiten unter Umständen eintreten könnten, und es sprechen daher wichtige Gründe dafür, den Gesetzesbeschuß in dem vom Bundesrat angedeuteten Sinne abzuändern.

Die auf Grund dieser Erwägungen durchzuführenden Änderungen des Gesetzesbeschlusses wären in Absatz 3 und 4 des § 1 in dem später von mir zu beantragenden Sinne vorzunehmen.

Der Verfassungsausschuß hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit diesen Fragen eingehend beschäftigt, stellt jöhin den Antrag (*liest*):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

Auf den Einspruch des Bundesrates gegen den Beschluß des Nationalrates vom 19. Dezember 1925, betr. den Gesetzesbeschuß über die Frist und das Verfahren in den Fällen des Artikels 12, Ab-

satz 3, des Bundes-Verfassungsgesetzes (Übergang der Zuständigkeit in einer Fassung des Elektrizitätswesens an das Bundesministerium für Handel und Verkehr), werden im bezeichneten Gesetzesbeschluss des Nationalrates folgende Änderungen beschlossen:

1. § 1, Absatz 2, hat zu lauten:

„Die Frist beginnt für jede Partei mit der an sie erfolgten Zustellung der schriftlichen Ausfertigung des nach Artikel 12, Absatz 3, des Bundes-Verfassungsgesetzes in Betracht kommenden, also die Angelegenheit erledigenden Bescheides, im Falle bloß mündlicher Verkündigung mit dieser.“

2. § 1, Absatz 3 und 4, haben zu lauten:

„(3) Das Verlangen ist schriftlich oder telegraphisch beim Ante der Landesregierung zu stellen und hat den in der Sache zuletzt ergangenen landesbehördlichen Bescheid zu bezeichnen.

(4) Das Verlangen ist unverzüglich und unter Anschluß der die Angelegenheit betreffenden Akten an das Bundesministerium für Handel und Verkehr zu übermitteln; hievon sind die anderen Parteien zu verständigen.“

Ich stelle namens des Verfassungsausschusses den Antrag, diesen Abänderungen die verfassungsmäßige Genehmigung zu erteilen.

Das Gesetz wird in 2. u. 3. Lesung nach dem Ausschufsantrage angenommen.

Es wird nunmehr die am Beginn der Sitzung verlesene dringliche Anfrage in Verhandlung gezogen.

Abram: Sehr geehrte Frauen und Herren! Wir haben heute eine dringliche Anfrage wegen Ausstellung von Arbeitern aus staatlichen Betrieben und wegen Verzögerung und Verhinderung der Gründung neuer Industrien in Österreich an die Regierung gerichtet.

Ehe ich zur Begründung unseres Antrages übergehe, möchte ich vorausschicken, daß allen sichtbar ist, daß in dem kleinen Staate Österreich eine Reihe von Industrien ihre Existenzmöglichkeit eingebüßt hat, die früher in dem alten Staate ein großes Absatzfeld hatten. Die Zahl der Industrien, die so bedrängt sind, nimmt zu, und es würde zu weit führen, sie taxativ aufzuzählen; es genügt, auf diese Tatsache zu verweisen, die jeder Abgeordnete und jeder, der sich mit Wirtschaftsfragen des Staates beschäftigt, sehen kann.

Dies vorausgeschickt, wird es uns unverständlich, was sich die Organe des Staates draußen in den Provinzen an Verhinderung neuer Industrien leisten.

Wir haben in Tirol im Zillertal ein Magnesitvorkommen auf einer Höhe von 1700 Meter zwischen Lannersbach und Hintertux, tief im Zillertal. Eine Gesellschaft baute von dem Steinvorkommen eine Drahtseilbahn in die Ramsau in der Nähe von Zell am Ziller und wollte dort einen Schacht-

ofen errichten. Zur kommissionellen Begehung kam es gar nicht, weil der Klerus die Bauern aufhegte und bei der kommissionellen Begehung ein ordentliches Verfahren nicht möglich war. Anführer der Bauern, die, vom Klerus aufgehetzt, sich gegen die Errichtung dieses Schachtofens wehrten, war der heutige Minister für Landwirtschaft, Herr Thaler. (Rufe: Hört! Hört!)

Die Gesellschaft hat dann versucht, in Jenbach im Innatal diesen Schachtofen zu bauen. Jenbach ist ein Industrieort. Es wird dort gegenwärtig, vom Achensee ableitend, das größte Kraftwerk Österreichs gebaut. Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter waren in der Gemeinde Jenbach für die Errichtung des Schachtofens. Um aber besonders sorgsam in der Frage zu entscheiden, machten sie vorher eine Studienreise in die Schweiz und überzeugten sich, daß diese Schachtofen, modern gebaut, wenig Gesundheitschädliches für die Umgebung bieten. Die Gemeindevertretung hatte dann nicht mehr den Mut, auf Grund des Gutachtens dieser Studienkommission, an der auch Nichtsozialdemokraten teilnahmen, die Anlage abzulehnen, aber man stellte an die Industriegesellschaft solche Bedingungen, daß man den Schachtofen dort nicht bauen kann. Und nun soll dieser Ofen auf einer Höhe von 1700 Meter gebaut werden, das Feuerungsmaterial muß zum Teil hingbracht werden, und die Arbeiter sind auf 1700 Meter Höhe zeitlebens in die Verbannung geschickt. Langsam beruhigt sich nun die klerikale Gruppe dieses Tales, weil die bösen Arbeiter weit genug von ihren Dörfern entfernt sind. Es ist immer dasselbe, nur in anderen Formen, mit der Feindseligkeit des Klerus gegen die arbeitende Welt. 1732 hat der Bischof Firmian von Salzburg den rührigsten Teil der Pinzgauer und Pongauer vertrieben, 30.000 Menschen, 1838 wurden aus dem Zillertal die letzten 400 Protestanten mit Weib und Kind verjagt. Solche Austreibungsmöglichkeiten bestehen nicht mehr, daher versucht man, durch die Verhinderung der Industrie das Eindringen der modernen Arbeiter in diese Täler zu verhindern, obwohl wir in Tirol allen Anlaß hätten, die beschiedenen industriellen Entwicklungsmöglichkeiten, die sich bieten, so bei diesem Naturvorkommen, zu fördern.

Wir bauen, wie ich erwähnte, das größte Kraftwerk Österreichs am Achensee, mit dem Standplatz in Jenbach. Niemand zerbricht sich den Kopf, was mit diesen Kraftmengen geschehen soll. Wenn allein die Stadt Innsbruck als Garant der geldgebenden Banken dafür einmal einzutreten hat, so wird die Tatsache von heute, daß wir das billigste Licht der Alpenländer haben, sich sofort ändern, wir werden Jahrzehnte hindurch das teuerste Licht haben, wenn dieses große Kraftwerk seine Kraft nicht an Industrien abgeben kann.

Wir haben in Landeck, im obersten Zinntal, eine Fabrik. Das ist jene Gegend, wo man Jahrzehnte hindurch Hüttenkinder ins Schwabenland trieb, den Bevölkerungszuwachs zunächst im Export von Kindern ausführte. In diesem Gebiete, wo neben den Kindern in Friedenszeiten alljährlich die Maurer nach Ostfrankreich und nach der Schweiz auswandern, um über den Sommer zu ihren kargen Existenzmitteln, die in den kleinsten Ackerflecken und ein bißchen Wiese bestehen, etwas zuzuverdienen, in diesem Gebiete steht die Fabrik Landeck, früher ein Karbidwerk. Das Karbidwerk ging im Kriege vom Jahre 1916 an, als die Kohle knapp wurde, bis zum Jahre 1922, bis zur Reetablierung des Kohlenbergbaues, ziemlich gut, ist aber dann fast stillgelegt worden. Überall gibt es einen gewaltigen Überschuß an Karbidmengen, so auch in Landeck. Um nun dort den Betrieb aufrechtzuerhalten zu können, wurde die Fabrik auf ein anderes chemisches Produkt umgestellt, wozu wiederum ein Ofen notwendig war. Es ist nicht zu bestreiten, daß der dort befindliche Ofen wahrscheinlich den Anforderungen, die man stellen darf, nicht voll genügt. Die Arbeiterkammer, die Organisationen Zinsbruchs haben sich um die Abstellung dieses Übelfandes bemüht, aber die Alerikalen dieses Gebietes benutzen die vorhandenen Übelfände zu einem Kampf gegen die Fabrik schlechtlweg und haben es schon erreicht, daß die Landesregierung einmal diese Fabrik einzustellen entschloß. Nun haben meine Parteifreunde, die Arbeiter, sich selbstverständlich dagegen zur Wehr gesetzt. Vorherhand läuft die Fabrik, aber ich möchte den Minister Dr. Schürff dringend bitten, die von ihm unter Vorbehalt genehmigte Weiterführung auch künftig dadurch zu ermöglichen, daß die paar Verbesserungen in dem Betriebe noch durchgeführt werden und so der gesuchte Vorwand genommen wird, auch diesen Betrieb stillzulegen. Es gibt in diesem Gebiets- teil durch die vollständige Einstellung des Bahnbaues im obersten Zinntal eine Masse Arbeitsloser, und es ist deshalb, Herr Minister, eine dringliche Notwendigkeit, daß Sie sich darum kümmern, daß dieser Betrieb bleiben kann.

Nach dem über das Zillertal und das Magnesit- werk Gesagten werden Sie, verehrte Damen und Herren, es begreifen, daß eine Gesellschaft, die in der Nachbarschaft des Salinenstädtchens Hall eine chemische Fabrik errichten wollte, sich nach den Erfahrungen der Magnesitindustrie zurückzog, so daß es wahrscheinlich zur Gründung dieser Fabrik nicht kommt. Ich glaube, Herr Minister, daß Sie Ihre Unterorgane auch in Tirol anweisen sollen, gegen- über anmaßenden Provinzgrößen etwas mutiger zu sein. Die Leute, die dort gegen die Industrie reden, sind nicht das ganze Land. Die Arbeiterschaft steht geschlossen hinter der Forderung der Industrialisierung des Landes, und ein großer Teil des Bürgertums ist auch dafür. Sie sollen also ihre Unterorgane

anweisen, sich von ein paar lungenkräftigen Bauern- fühlern oder ein paar lungenkräftigen Kooperatoren, die von Volkswirtschaft keine Ahnung haben, nicht einschüchtern zu lassen. Denn wenn es so weiter- geht und von Regierungen wegen jede Industrie gedroffelt wird, die Zahl der Arbeitslosen nicht abnimmt, sondern eher zunimmt, so wird in Öster- reich, verehrter Herr Minister, wenn der Staat ver- armt, die Frage entstehen, was er noch zu tragen vermag: die Kongrua oder die Arbeitslosenfürsorge. Und da werden wir, verehrte Herren, im ganzen Staate schon dafür sorgen, daß bei dieser Ent- scheidung die Fortführung der Arbeitslosenver- sicherung den Vorrang bekommt und daß die Herren Geistlichen eventuell auf die Reichtümer der Bischöfe und Klöster, auf ihren Besitz an Grund und Boden verwiesen werden, weil sie, wenn sie auch nur den haben und dazu die milden Gaben der Bauernschaft, nicht verkommen, wohl aber die Arbeitslosen ohne Unterstützung nicht bestehen können.

Ich mache noch aufmerksam, daß es außerordent- lich schwer ist, zur Behebung der Arbeitslosigkeit von der Regierung auch sonst nur eine kleine Unter- stützung zu erreichen. Die Stadtgemeinde Salzburg und der Vorort Gnigl bemühten sich, einen Teil der Mittel des Arbeitslosenfürsorgefonds zu erhalten, um die Maurer beschäftigen zu können. Die Re- gierung hat dieses Ansuchen der Stadt Salzburg und des Vorortes Gnigl bisher nicht erledigt, und es besteht nach Mitteilungen von Ministerialbeamten auch wenig Aussicht, daß dies geschieht. Die Arbeits- losigkeit wirkt aber in den Alpenländern viel drücken- der, als die Herren in Wien sich in der Regel vorstellen.

Noch schlimmer aber in bezug auf das, was die Regierung und ihre Organe sich an Kapitulation vor den Ortsgrößen leisten, ist der Fall in Korneu- burg. In Korneuburg will die Österreichische Erdböl- A. G. eine große moderne Raffinerie bauen. Sie bringt die Rohprodukte aus Tiflis die Donau auf- wärts auf dem billigsten Frachtwege. Diese Gesell- schaft bemühte sich nun, auf den ehemaligen Gründen des Eisenbahnzugsdepots Korneuburg eine Betriebs- anlage zu errichten. Nach langwierigen Verhandlungen kam eine Kommission zustande, der angehörten: ein Bezirkshauptmann der n. ö. Landesregierung, vier Ingenieure derselben Behörde, ein Oberbergrat Dr. Kolbe als Sachverständiger der Amtsabordnung, ein Fischereischachverständiger, ein Vertreter der Bezirks- hauptmannschaft Korneuburg, der Amtsarzt von Korneuburg, der Bezirkshauptmann von Tulln, ein Baureat von der Baubezirksleitung, ein solcher von Floridsdorf, ein Vertreter des Binnenschiffahrts- inspektorates, ein Vertreter der Donauregulierungs- kommission, ein Vertreter des Gewerbeinspektorates für den Aufsichtsbezirk, ein Vertreter von Korneuburg, der Bürgermeister von Korneuburg, ein Gemeinderat

von Lang-Enzersdorf, der Bürgermeister von Krizendorf, ein Vertreter des Bundesministeriums für Handel und Verkehr, ein Oberbaurat von der Bundesbahndirektion Wien-Nordost, ein Zollinspektor vom Zolloberamte Wien, ein Kaufmann von der Ortsgemeinde Korneuburg, ein Oberinspektor von der Donaudampfschiffahrts-Gesellschaft, zwei Vertreter von der Fluß- und Seeschiffahrts-Actiengesellschaft, ein Vertreter vom Fischereiausschuß II in Wien, der Strommeister von der Stromaufsicht Greifenstein, ein Vertreter des Turnvereines Korneuburg, ein Vertreter der landwirtschaftlichen Genossenschaft Korneuburg, das Stift Klosterneuburg in Vertretung des Herrn Dürheim, ein Wiener Advokat, die Bakum Oil Company, mehrere Gemeinderäte der Stadtgemeinde Korneuburg und zahlreiche Anrainer und Interessenten. (Zwischenruf.)

Diese Kommission, bestehend aus zahlreichen Sachleuten, die alle Interessentengruppen an der Donau und in den Ortsgebieten vertraten, kam überein, daß man diese Raffinerie auf den erwähnten Gründen bauen könne. Die nächstgelegenen Anrainer waren dafür, weiter entlegene waren dagegen oder stellten schon à conto des Baues hohe Anforderungen für Schädigungen, die niemals erwachsen werden. Die Gewerbetreibenden waren dafür — eine große Riste steht hier den zweiselnden Kollegen auf der rechten Seite des Hauses zur Verfügung. Die Arbeitslosen haben sich dafür ausgesprochen, sie machten auf die ungeheure Arbeitslosigkeit aufmerksam, die in dem Gebiete der Stadt Korneuburg besteht. Die sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion drückt sich zu der Frage folgendermaßen aus (liest): „Die unmittelbarsten Anrainer erheben keinen Einspruch. Die nächsten Anrainer, deutschnationaler Turnverein, landwirtschaftliches Lagerhaus, ein Oberinspektor und mehrere andere Hausbesitzer, eine christlichsoziale Landtagsabgeordnete, deren Anwesen 600 Schritte entfernt liegt, mußten nur ungenügende Argumente vorzubringen. Offen blieb nur der Einwand des Lagerhausverwalters, das Mehl in der benachbarten Mühle, zirka 400 Schritte von der Destillationsanlage entfernt, ziehe den Ölgeruch an. Es wurde beantragt, ein diesbezügliches Gutachten bei der Landwirtschaftlich-chemischen Untersuchungsanstalt einzuholen und dem Kommissionsakte beizuschließen. Der Bürgermeister als das die Baupolizei handhabende Organ erteilte auf Grund der vorliegenden Pläne und Betriebsbeschreibung die Baubewilligung, die nur unwesentliche Abänderungen verlangt. Schon vor der Kommissionierung lag eine schriftliche Erklärung der Firma vor, den Sitz des Unternehmens nach Korneuburg zu verlegen, die auch in einer Gemeinderatssitzung zur Kenntnis gebracht wurde. Als Bürgermeister beauftragte er den ihn wegen Erkrankung vertretenden Vizebürgermeister Christenheit, unter Berufung auf den im

Februar 1924 einstimmig gefaßten Gemeinderatsbeschuß, der die Errichtung von Mineralölverwertungsanlagen auf dieser Stelle für immer versagen wollte, Protest im Namen der Gemeinde gegen die Errichtung der neuen Anlage einzubringen. Da aber der Verlauf der das neue Projekt behandelnden Gemeinderatssitzung zwar die einzelnen Parteien ihre Stellungnahme präzisieren, aber zu keinem Gemeinderatsbeschuß kommen ließ, sah sich sowohl die sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion als auch die der Nationalsozialisten veranlaßt, mit ausdrücklicher Zustimmung des Kommissionsleiters durch ihre Sprecher der Auffassung des Bürgermeisters entgegenzutreten und ihm das Recht einer Erklärung im Namen der gesamten Gemeindevertretung in der Frage des neuen Projektes zu bestreiten und darauf zu verweisen, daß ihm auf Grund des Verlaufes der Gemeinderatssitzung nur das Recht zustehe, die Stellungnahme der „Gemeindewirtschaftlichen Vereinigung“ zu vertreten. Die sozialdemokratischen Gemeinderäte haben dabei auch nachstehende schriftliche Erklärung beim Kommissionsleiter eingebracht, welchem Vorgange sich auch die Nationalsozialisten mit einer im gleichen Sinne gehaltenen Erklärung angeschlossen:

Die Gefertigten sind nicht in der Lage, der Erklärung des mit der Stellvertretung des Bürgermeisters betrauten Vizebürgermeisters Christenheit bei der vom 21. bis 23. Dezember 1925 anlässlich der Errichtung des Betriebes der Österreichischen Erdöl-A. G. stattgefundenen Kommission zuzustimmen, sondern fühlen sich vielmehr veranlaßt, nachstehend folgendes zur Kenntnis zu bringen:

Die von den Bevollmächtigten der Gemeinde abgegebene Erklärung, die sich auf den Gemeinderatsbeschuß vom 22. Februar 1924 bezieht, kann von den gesamten sozialdemokratischen Gemeinderatsmitgliedern der Stadt Korneuburg nicht als eine auch in ihrem Namen abgegebene Erklärung betrachtet werden, sondern es muß vielmehr darauf verwiesen werden, daß sich dieser Gemeinderatsbeschuß nicht auf dieses vorliegende Projekt bezieht, daher die Gefertigten darauf Wert legen, ihre in der Gemeinderatssitzung vom 17. Dezember 1925 öffentlich präzisierete Stellungnahme neuerlich zu präzisieren:

1. wird festgestellt, daß trotz Vorlage eines neuen, wesentlich geänderten Projektes keine Wiederholung des Beschlusses vom 22. Februar 1924 beantragt oder beschlossen wurde und der Gemeinderat lediglich nur zur Stellungnahme zum geänderten Projekt eingeladen wurde und Stellung genommen hat;

2. geht aus dem Verlangen der sozialdemokratischen Gemeinderatsmitglieder nach Einberufung dieser Sitzung hervor, daß sie sich in keinerlei Weise, durch den am 22. Februar 1924 gefaßten Beschuß für alle folgenden Projekte an dieser Stelle gebunden

betrachten, sondern vielmehr das selbstverständliche Recht gewahrt wissen wollen, zu jedem neuen Projekt unter Berücksichtigung aller Verhältnisse ihre jeweilige Stellungnahme präzisieren zu können.

3. Was die aus dem vorliegenden Projekt für die Gemeinde sich ergebenden Vorteile betrifft, konnte von dem Redner der „Gemeindevirtschaftlichen Vereinigung“ in der erwähnten Sitzung kein einziges Argument vorgebracht werden, das sachlich die Ablehnung des Projektes gerechtfertigt hätte, sondern einzig und allein nur darauf verwiesen werden, nur prinzipielle Gründe seien dafür maßgebend, die wieder nur in dem Verlangen nach Ruhe und Sicherheit vor dem In-die-Luft-Fliegen begründet wurden.“

Präsident (unterbrechend): Ich bitte, Herr Abgeordneter, diese lange Verlesung etwas zu kürzen und sich auf das eigentliche Thema, die Begründung der Anfrage, zu beschränken.

Abram: Sehr verehrter Herr Präsident! Ich höre, daß Sie mich zur Kürze mahnen. Aber es dreht sich um die Frage der Arbeitslosen, es dreht sich um die Frage der Industrieförderung. (Zustimmung.) Ich werde Ihnen die Zahl der Leute nennen, die in Korneuburg arbeitslos sind, und dann werden die Herren vielleicht das bißchen Geduld aufbringen, dieser Verlesung zuzuhören, die vernehmlich ist, während wir früher eine Verlesung hörten, die niemand verstanden hat. (Liest:)

„4. Die Gefertigten sind daher gezwungen, neuerdings auch auf diesem Wege auf die aus der Errichtung dieses Projektes der Gemeinde erwachsenden Vorteile zu verweisen:

a) Steuerertragsanteile und Gemeindeabgaben werden sich auf zirka 60.000 S beziffern;

b) dem Städtischen Elektrizitätswerke wurde mündlich der Bezug des gesamten Bedarfes an Gasöl zum Selbstkostenpreise zugesichert;

c) die Unterstützung des Ausbaues der Städtischen Feuerwehr und der Rettungsabteilung wurde garantiert;

d) die Förderung aller Wohlfahrtseinrichtungen der Gemeinde durch die Firma erscheint gesichert;

e) die Ersparung des 4prozentigen Zuschusses zur Arbeitslosenunterstützung durch die bei der Adaptierung und bei der Firma ständig verwendeten Arbeiter und Angestellten beträgt namhafte Summen;

f) nicht nur das Baugeerbe, sondern vor allem die Handels- und Geschäftswelt der Stadt wird durch die Errichtung dieses Betriebes eine wesentliche, gerade in dieser Zeit dringend notwendige Belebung erfahren;

g) durch die von der genannten Firma vorgesehene Pumpenanlage an der Donau wird endlich das Feuerlöschwesen der Stadt in die Lage versetzt, wirklich erfolgreich Brände zu bekämpfen, da es bisher gerade in diesen Belangen an allen Vorkehrungen in der Stadt fehlte und die Gemeinde zweifellos

nicht in der Lage wäre, diese Voraussetzungen aus eigenem in der nächsten Zukunft zu schaffen;

h) erscheint es nicht ausgeschlossen, daß erst durch die Errichtung dieses Unternehmens und der sich daraus ergebenden Entwicklungsmöglichkeiten jene Einnahmen der Gemeinde erschlossen werden würden, die gegen den auf die Dauer unhaltbaren Zustand der Trinkwasserversorgung der Stadt Abhilfe schaffen könnten;

i) gerade die Stadt Korneuburg leidet seit Jahren unter einer auf die Dauer in diesem Umfange unerträglichen Arbeitslosigkeit, die nicht zuletzt auch für die Stadt eine soziale Gefahr bedeuten kann und gerade durch ihren Umfang und ihre Dauer von der Gemeinde in der nächsten Zukunft besondere Fürsorgemaßnahmen erfordern wird.

Alle die Schwierigkeiten der Verwaltung einer solchen Stadt erkennenden, von der notwendigen Verantwortung erfüllten Kreise müssen sich bewußt sein, daß auf die Dauer jede Verhinderung der Industrieförderung eine Gefahr von nicht abzusehendem Umfange für die gesamte Bevölkerung bedeutet. Hier kann und darf nur das Interesse der Allgemeinheit und nicht das Sonderinteresse einzelner solche schwerwiegende, die Entwicklung der ganzen Stadt bestimmende Entscheidungen beeinflussen. Das erwarten die Gefertigten von allen entscheidenden Instanzen in Bund und Land.“

Nun wird in dem Schreiben noch darauf hingewiesen, daß die Zahl der Leute, die sich für die Errichtung der Raffinade ausgesprochen haben, größer ist als die Zahl der Leute, die, unter dem Titel „Gemeindevirtschaftliche Partei“ organisiert, dagegen sind.

Ich glaube, die Arbeitslosen von Korneuburg hatten ein begründetes Recht, daß ich ihre eigenen Wahrnehmungen und ihre Meinung dem hohen Hause zur Kenntnis gebracht habe. Die Arbeitslosen von Korneuburg haben dann noch eine Entschliebung gefaßt. Sie ist von innerhalb einer Stunde zusammengetrommelten 156 Leuten unterfertigt. Sie weisen darauf hin, daß diese kleine Stadt Korneuburg 550 Personen im Stadtgebiet und 1100 Personen im Bezirk Korneuburg an Arbeitslosen hat. Ich meine, diese Ziffern sprechen eine Sprache, die es ausschließt, daß die Bundesregierung die Entscheidung der Landesregierung, die die Errichtung der Raffinade verhindern will, aufrechterhält.

Es ist sehr schön, wenn insbesondere unser junger Minister Dr. Schürff Weltreisen unternimmt, das ganze Gebiet Österreichs durchwandert und der Einweihung eines jeden neuen Postkastels beiwohnt, wobei weißgekleidete Jungfrauen anrücken und alle möglichen Festlichkeiten veranstaltet werden. Aber damit, verehrte Herren Minister, ist der Industrie in Österreich nicht gedient. Wenn Sie auch noch so schöne Reden halten bei Festbanketten und auf

Gewerbetagen — Sie müssen sich schon zu größerer Tatkraft entschließen. Ich gebe zu, es wird Ihnen nicht leicht, besonders wenn ich mir den Zuwachs der Minister betrachte, den Sie erhalten haben, Ihre Mitkollegen in der Regierung für eine weitgehende Industrieförderung zu interessieren. Aber ich würde doch bitten, daß Sie eine viel größere Energie als bisher aufwenden und Ihren Mitkollegen in der Regierung zur Kenntnis bringen, daß Österreich entweder dauernd arm bleiben oder sich industrialisieren muß.

Und dem Chef der Christlichsozialen Partei, der sehr weite Reisen unternimmt, bis hinauf zu den Skandinavien, und der, wenn er der fortschrittlichen Stadt Wien etwas freundlicher gesinnt wäre, vielleicht etwas für den Fremdenverkehr auf seinen Geschäftsreisen hätte erreichen können, muß man auch sagen: Es genügt nicht, über Österreich und seine Bedürfnisse im Auslande zu reden, sondern, meine Herren Minister und maßgebenden Politiker auf der rechten Seite des Hauses, wichtiger als für Österreich zu reden, ist für Österreich zu handeln! *(Lebhafter Beifall.)* Und da Handeln Industrialisierung bedeutet, so erwarten wir angesichts der traurigen Tatsache, daß die Zahl der Arbeitslosen so ungeheuer ist, und angesichts der Tatsache, daß Industrien, die im alten Österreich Bestand hatten, ihren Betrieb abbauen und sogar schließen müssen, daß künftighin vom Ministerium jede Arbeitsgelegenheit durch Schaffung neuer Industrien gefördert wird. Die lokalen Größen in Ehren, die sich draußen breit und pudig machen, aber von der gesamten Wirtschaftslage keinen Tau haben! Sie müssen den Mut haben, über diese lokalen Größen zur Tagesordnung überzugehen, und als Minister des Staates auf dem Posten, auf den Sie gestellt wurden, Staatsinteressen vertreten. *(Beifall.)*

Bundesminister für soziale Verwaltung Dr. Neßh: Hohes Haus! Am 15. Februar zählten wir in Österreich 226.141 Arbeitslose, davon 99.520 Arbeitslose in Wien allein. Dazu kommt noch eine Zahl von 8405 Personen, die sogenannte Beihilfen bezogen haben, also auch Personen, die im Genusse einer Arbeitslosenunterstützung gestanden sind. Wenn wir die 30.000 Arbeitslosen, die nach dem Gesetze keinen Anspruch auf Unterstützung haben, dazu rechnen, so haben Sie ungefähr ein Bild von der Arbeitslosigkeit in Österreich im Winter 1926. Wenn man mir im Herbst vorgeworfen hat, daß ich Pessimist sei und eine zu große Zahl der Arbeitslosen annehme, so glaube ich, daß der Februar gezeigt hat, daß ich den Winter 1926 richtig abgeschätzt habe.

Ich stehe auf dem Standpunkte, daß es uns in Österreich weder mit Gesetzen noch mit Verwaltungsmaßnahmen möglich ist, die große Zahl der Arbeitslosen abzubauen. Die gefährliche Reserve-

armee der Arbeitslosen werden wir wahrscheinlich noch jahrelang mitschleppen. Aber das ist kein Verschulden der Parteien, das ist kein Verschulden der Regierung, auch nicht der gegenwärtigen Regierung, sondern ich glaube, daß die Hauptursache dafür der Friedensvertrag ist, der das alte Österreich zerschlagen und ein Kleinstösterreich mit einem kleinen Inlandmarkt geschaffen hat, weshalb wir nicht imstande sind, alle die Personen, die in Neustösterreich Arbeit suchen, zu beschäftigen, weil der Inlandmarkt eben nicht in der Lage ist, all diese Produkte aufzunehmen. *(Dr. Bauer: Das ist doch kein Grund, die Neuerrichtung von Betrieben zu verhindern!)* Es ist kein Grund, die Errichtung von Betrieben zu verhindern, aber wir haben genug Betriebe, die nicht in der Lage sind, die Arbeiter zu beschäftigen. *(Dr. Deutsch: Neue wollen doch herkommen!)* Lassen Sie mich nur ausreden. *(Dr. Deutsch: Darum handelt es sich doch, nicht um allgemeine Sentenzen!)* Sie können ja anderer Meinung sein, ich bin der Meinung, daß der Friedensvertrag die Hauptursache ist, daß durch den Friedensvertrag auch noch eine große Anzahl von Personen, die früher im alten Österreich lebten, nach Neustösterreich gekommen sind und die Zahl der Personen, die Beschäftigung gesucht haben, noch vermehrt haben. *(Pölzer: Das bestreitet ja niemand!)* Daß das nicht bestritten werden kann, ist klar. Wir können nur versuchen, mit den Mitteln, die uns zu Gebote stehen, den Zustand zu mildern; aber eine Beseitigung dieser großen Zahl von Arbeitslosen wird uns nicht gelingen. *(Pölzer: Zu mildern durch Errichtung von neuen Industrien!)* Wie man die Arbeitslosigkeit mildern soll, darüber kann man natürlich verschiedener Meinung sein. Wenn Sie meinen, daß Industrien in Österreich gegründet werden sollen, so wird man natürlich jede Gründung einer Industrie unterstützen *(Gelächter)*, wenn sie in der Lage ist, eine entsprechende Anzahl von Personen zu beschäftigen. *(Rufe: Zillertal!)*

Wenn Sie Zillertal und Korneuburg heranziehen, muß ich als Minister und Mitglied der Regierung sagen, daß bestehende Gesetze eben befolgt werden müssen. Derjenige, dessen Ansuchen um Niederlassung abgelehnt wurde, muß den Instanzenweg durchgehen. Die Regierung wird ihn unterstützen, und wir haben das auch versucht. *(Ruf: Das ist eine Behauptung!)* Die ich sofort beweise mit dem Hinweis auf Tirol, wo ich, als seinerzeit die Deputation wegen des Karbidwerkes bei mir war, selbst interveniert und einen Herrn an das Gewerbeinspektorat hinausgeschickt habe, damit er dort die entsprechenden Aufklärungen gibt, daß dieser Betrieb nicht geschlossen bleiben, sondern wieder eröffnet werden soll. *(Dr. Deutsch: Der Erfolg war Null!)* Der Erfolg war nicht Null, sondern war der, daß der Betrieb nicht geschlossen blieb, sondern heute

noch weitergeführt wird. (Pölzer: Ich bin neugierig, was Sie mit Korneuburg machen werden! — Rufe: Zillertal!) Ich bin kein Spezialist in Lokalinteressen von Tirol, und Sie können von mir auch nicht verlangen, daß ich innerhalb 5 Minuten oder einer halben Stunde mich genau informiere, wie es mit der Zillertaler und Korneuburger Fabrik steht. Ich werde darauf nicht antworten können, sondern es wird wahrscheinlich auf Grund der Erhebungen geantwortet werden. (Rufe: Der Handelsminister!) Der wird Ihnen dann die entsprechenden Aufklärungen über diese Angelegenheit geben.

Ich habe versucht, wie es meine Pflicht als Bundesminister für soziale Verwaltung ist, die Arbeitslosigkeit zu mildern. Sie wissen, daß wir Versuche mit der Umschulung gemacht haben, auch mit der produktiven Arbeitslosenfürsorge. Sie werden mir wahrscheinlich sofort den Einwurf wegen der Gemeinde Wien machen. Ich erkläre hier, wie ich immer erklärt habe, daß nach meiner Ansicht die Gemeinde Wien einen Anspruch auf die produktive Arbeitslosenfürsorge nicht erheben konnte, weil nach § 29 die erste Voraussetzung dafür ist, daß die betreffende Gemeinde oder das betreffende Land den Nachweis erbringen, daß sie diese Arbeit sonst nicht durchführen können. Es kann nicht behauptet werden, daß die Gemeinde Wien, die sicher finanziell viel besser steht als der Bund — (Sever: Trotz des Kollmann? — Heiterkeit) ich gönne es der Gemeinde Wien —, hier eine Unterstützung verlangen kann. (Dr. Bauer: Aber Sie wissen sehr genau, daß die Gemeinde Wien um den Betrag mehr bauen würde!) Nein, sie baut . . . (Zwischenrufe.) Meine Überzeugung ist es, daß sie kein Kabinett mehr noch weniger bauen würde. Sie hat ein Bauprogramm, das sie durchführt. Ich persönlich glaube, sie kann noch mehr bauen, als sie baut. Das ist meine Meinung. Ich habe daher die Verpflichtung, wenn die Gemeinde mit einem derartigen Ansuchen kommt, es abzulehnen.

Es wird mir der Vorwurf gemacht: In den Jahren 1924 und 1925 hat man ja auch diese Unterstützung gegeben. Ich habe das damals nur deshalb veranlaßt, weil ich mich eben in einer Zwischmühle befunden habe. (Zelenka: Da wurden Sie von den Arbeitslosenvertretern gezwickt!) Ich vertrete die Arbeitslosen sehr ehrlich, Herr Nationalrat Zelenka! (Ruf: Wenn Sie eine solche Begründung für die Arbeitslosigkeit in Wien bringen!) Ich bringe gar keine Begründung, aber ich bin doch als Minister für soziale Verwaltung dazu da, Gesetze durchzuführen und nicht die Gesetze zu übertreten. (Dr. Bauer: Einmal ablehnen und einmal bewilligen!) Damals mußte ich das machen, um überhaupt Ordnung hineinzubringen, weil der Finanzreferent von Wien, Herr Breitner, sich Monat für Monat die Beträge in Abzug gebracht hat.

(Rufe: Hört! Hört!) Dann haben wir eine Vereinbarung geschlossen. (Dr. Bauer: Das ist eine grobe Illoyalität, so zu reden!) Nein, das habe ich auch dem Herrn Finanzreferenten Breitner gesagt und dieser hat mir ruhig folgendes erklärt . . . (Dr. Bauer: Sie wissen, daß Breitner an den Bund sehr starke Gegenforderungen gehabt hat!) Das ist etwas ganz anderes. Die Arbeitslosenversicherung ist eine Sache für sich. Wenn Herr Breitner Gegenforderungen gegen den Bund hat, so muß er sich das mit dem Finanzminister ausmachen, nicht mit dem Vertreter des Bundesministeriums für soziale Verwaltung. Ich habe ihm das auch erklärt, und der Herr Finanzreferent Breitner hat mir gesagt . . . (Dr. Bauer: Ist das die Antwort auf die Anfrage, die wir gestellt haben?) Ich werde Ihnen mitteilen, was der Bund getan hat, um die Zahl der Arbeitslosen herabzusetzen. Wenn Sie das nicht hören wollen, . . . (Zwischenrufe.) Nach meiner Ansicht hat die Gemeinde Wien in den Jahren 1924 und 1925 keinen gesetzlichen Anspruch gehabt. (Dr. Bauer: Dann müßte der Fonds das von Ihnen zurückverlangen, wenn Sie es bewilligt haben!) Das soll der Fonds verlangen. (Dr. Danneberg: Erzählen Sie einmal, wofür sonst produktive Arbeitslosenfürsorge gemacht wurde!) Wenn eine Unterstützung gegeben wird, so wird sie immer erst nach genauer Überlegung auf Grund der Äkten gegeben, und ich nehme da gar keinen Einfluß. In der letzten Zeit machen wir die Sache so, daß Fälle, in denen nach unserer Meinung der Anspruch zweifelhaft ist, dem Arbeitslosenversicherungsbeirat vorgelegt werden. (Zwischenrufe. — Dr. Deutsch: Defizitland!) Sie wissen genau so gut wie ich, daß die Arbeitslosenunterstützung überhaupt mit Defizit arbeitet. (Zelenka: Das ist etwas ganz anderes! Wir haben jetzt von Tirol geredet! — Dr. Bauer: Kommen Sie endlich zur Beantwortung der Anfrage!) Herr Nationalrat Bauer, ich kann mir als Minister nicht vorschreiben lassen, was ich antworte. (Zustimmung.)

Ich sage also: Wir haben verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die Arbeitslosigkeit zu mildern, darunter war auch die produktive Arbeitslosenfürsorge. Zunächst ist hier die Umschulung zu nennen. Ende Dezember ist dann von mir der Vorschlag gemacht worden, alle Arbeiten, die im Jahre 1926 von der Bundesregierung zu vergeben sind, möglichst bald zu vergeben, also in den ersten Monaten dieses Jahres. Wenn es hier in der Anfrage heißt, voriges Jahr war es im Jänner, heuer erst im Februar, so ist die Arbeit natürlich viel früher gewesen. Sie wissen, daß im Budget inklusive der Bundesbahnen ungefähr 200 Millionen Schilling für Arbeiten, die zu vergeben sind, eingesetzt sind. Am 16. Jänner habe ich als Bundesminister für soziale Verwaltung

mir von der Bundesregierung den Auftrag und die Vollmacht geben lassen, darauf zu sehen, daß alle diese Arbeiten möglichst bald vergeben werden, daß innerhalb einer kurzen Zeit, innerhalb von 14 Tagen, alle Pläne und Voranschläge vorgelegt werden, damit ich kontrollieren kann, ob die Arbeiten tatsächlich vergeben werden. Der Bundesminister für Finanzen mußte dafür sorgen, daß diese Gelder, die sonst nur monatlich zur Verfügung gestellt werden, in zwölf Raten zur Verfügung gestellt werden, daß die Gelder für diese Investitionen und diese Arbeiten sofort in den ersten Monaten bereitgestellt werden. Es ist bereits eine große Anzahl von Arbeiten vergeben worden, die ich nicht im einzelnen anzuführen brauche, da sie ja im Kommuniké genau angegeben worden sind. Es sind dies namentlich Hochbauten, nicht nur in Wien, sondern auch in den Bundesländern, in Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark, für die ein Gesamterfordernis von 3,5 Millionen Schilling vorgesehen ist. Die Ausschreibung dieser Bauten ist bereits erfolgt, beziehungsweise hat die Vergabe bereits stattgefunden. Auch Straßenbauten sind bereits zur Vergabe gelangt. Überdies sind in den verschiedenen Ministerien, was man sonst an Lieferungen von Stoff und Kleidern vergeben konnte, die Lieferungen ebenfalls hinausgegeben worden, so im Bereiche des Bundesministeriums für Finanzen um einen Betrag von 114.000 S für Stoffe und Kleider und von 318.000 S für Schuhe, im ganzen neben anderen Bestellungen insgesamt 700.000 S, die tatsächlich ausgegeben wurden, was Sie genau kontrollieren können.

In der Anfrage ist auch gefragt worden, warum so wenig bei der Post- und Telegraphendirektion geschieht. Auch hier sind nach dem Berichte, der mir von der Generaldirektion vorgelegt worden ist, die Arbeiten und Bestellungen, die im Budget vorgesehen sind, bereits vergeben worden; sie beziehen sich auf Fernsprechanlagen, Bau- und Leitungsmaterial, Postzeugverwaltung, Postkraftfahrdienst, Hochbauten und Kabel; insgesamt sind Arbeiten um 6,4 Millionen Schilling dort vergeben worden. Die Bundesregierung hat also, was im Rahmen des Budgets möglich ist, an Arbeiten vergeben. Wenn in der Anfrage erklärt wird, daß die Bundesregierung nichts getan hat, so entspricht dies nicht den Tatsachen. (Dr. Bauer: Ja, sie hat die Gründung einiger Betriebe verhindert!) Sie hat diese Betriebe keineswegs verhindert, sondern man muß der Angelegenheit der Gründung dieser Betriebe, die nach Ihren Behauptungen verhindert worden sind, nachgehen, und ich bin überzeugt, daß sich herausstellen wird, daß die Bundesregierung diese Gründungen nicht verhindert hat. Vielleicht bestanden irgendwelche besonderen Verhältnisse, die uns oder die Landesregierung veranlaßt haben, das abzulehnen;

es kann sich auch um gesundheitliche Vorschriften oder um eine Vorschrift handeln, die vielleicht vom Gewerbeinspektorat aufgestellt worden ist; das weiß ich nicht. Aber selbst wenn alle diese Betriebe, denen man, wie Sie jetzt verlangen, entgegenkommen soll, damit sie bald instand gesetzt werden, Arbeiter zu beschäftigen, sofort die Arbeit aufnehmen würden, so wird das eine Erleichterung der Arbeitslosigkeit sein — ich begrüße jede, auch die kleinste Erleichterung —, aber damit ist natürlich das Problem der Arbeitslosigkeit in Österreich noch nicht gelöst. Das ist ein Tropfen auf einen heißen Stein. (Dr. Deutsch: Sorgen Sie wenigstens für den Tropfen!) Auch dafür werde ich sorgen und mich einsetzen, soweit es möglich ist. (Pölzer: Das wirkt sich so aus, daß zum Beispiel in Korneuburg von 400 Arbeitern 200 Beschäftigung finden.) Von 400 würden 200 Arbeiter beschäftigt, falls das durchgeführt würde? Ich weiß nicht, was geschieht, wenn tatsächlich die Anlage erfolgt. (Pölzer: Um den Turnverein handelt es sich!) Nein, es handelt sich nicht um den Turnverein, aber ich weiß nicht, ob nicht die Mühle den Betrieb einstellt. Das kann man nicht so ohne weiteres entscheiden. Das kann nur auf Grund lokaler Kenntnisse und des Gutachtens von Sachleuten, die die ganze Anlage durchsehen, entschieden werden. (Pölzer: Herr Minister scheinen sich nicht informiert zu haben!) Ich kann mich doch nicht über jeden Betrieb in Österreich, der angeblich gegründet werden soll, vorher informieren; auch wenn ich Tag und Nacht arbeite, bin ich das nicht imstande. Ich sage ausdrücklich, daß die Bundesregierung getan hat, was möglich ist, und daß sie ziemlich viele Arbeiten vergeben hat. Sie muß natürlich dafür sorgen, daß die Gelder, die sonst erst im September und Oktober flüssig werden, schon jetzt zur Verfügung stehen. (Zwischenrufe. — Pölzer: Der Herr Minister Schürff macht weite Reisen! Bis nach Korneuburg ist es nicht weit, um sich dort zu informieren!)

Präsident: Herr Abg. Pölzer, ich bitte, doch nicht immer durch Zwischenrufe zu unterbrechen!

Bundesminister Dr. Reich: Wenn in der Anfrage erklärt wird, daß bei der Post- und Telegraphendirektion Angestellte und Arbeiter entlassen und auf die Arbeitslosenunterstützung verwiesen werden, so ist es nicht so, wie es die Anfrage darstellt. Man muß einen Arbeiter oder Angestellten entlassen, wenn man für ihn keine Beschäftigung hat, das ist klar und gehört zu einem kaufmännischen Betrieb und zu einer ordentlichen Verwaltung. Aber sonst bemüht man sich doch, jeden Arbeiter im staatlichen Dienst zu erhalten.

Was die in der Anfrage angeschnittene Frage der Forstverwaltung betrifft, so kann ich über diese Detailfragen keine Auskunft geben, das wird der Herr Bundesminister Thalner tun. Wir werden aber

natürlich auch diese Arbeiten, die da vorgenommen werden, soweit als es möglich ist unterstützen. Wir haben jetzt den Versuch unternommen, Arbeitslose, die früher in der Landwirtschaft beschäftigt waren, wieder in die Landwirtschaft zurückzuführen. Ich habe bereits im Dezember die Beratungen darüber eingeleitet. Ich weiß, daß weder ich noch die Industrielle Bezirkskommission das leicht durchführen können, weil wir nicht das genügende Vertrauen der Landwirte dazu genießen. Ich habe daher die Unterstützung der Landwirteorganisationen angereuen und glaube, daß es so gelingen wird, einen Teil der Arbeitslosen wieder in die Landwirtschaft zurückzuführen. Ich habe den Herren, die bei mir waren, erklärt, daß ich mich dafür einsetze, daß diese Leute durch eine gewisse Zeit, bis sie sich in der Landwirtschaft eingearbeitet haben, einen täglichen Zuschuß bekommen und daß wir dasselbe auch für solche Industrien tun wollen, die Arbeiter mit einer gewissen Qualifikation brauchen. Wir wollen auch da Arbeitern, die diese Qualifikation nicht haben, sondern sie sich erst im Laufe von Monaten erwerben können, gleichsam einen Zuschuß geben, bis sie eingearbeitet sind, damit dann die Betroffenen nicht unter dem Kollektivvertrag entlohnt werden, wenn sie im Afford arbeiten müssen.

Aber alle diese kleinen Mittel und Mittelschen sind eben doch nur ein kleines Auskunftsmittel, damit ist die Frage noch immer nicht gelöst. Wir haben im November 9'5 Millionen Schilling an Unterstützungen ausbezahlt, im Dezember 13'9 Millionen, im Jänner 14'4 Millionen und im Februar fast 18 Millionen Schilling. Sie können daraus ersehen, daß gegenwärtig die Unterstützung der Arbeitslosen, zu der wir gesetzlich verpflichtet sind, viel mehr Mittel des Bundes in Anspruch nimmt, als die Beiträge ausmachen. Diese haben im November 9'6, im Dezember 10'4, im Jänner 9'3 Millionen Schilling ergeben, und sie werden natürlich nicht steigen, wenn die Arbeitslosigkeit immer weiter steigt, sondern im Gegenteil verhältnismäßig immer geringer werden. Ich glaube, die Bundesregierung hat in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit getan, was möglich ist. Unmenschliches und Übermenschliches kann man von uns nicht verlangen. Mit den Mitteln, die zur Verfügung stehen, haben wir versucht, die Arbeitslosigkeit zu mildern, und ich kann heute nur dasselbe sagen, was ich schon einige Male gesagt habe: Der Bundesminister allein und der Nationalrat allein werden nicht instand sein, die Frage der Arbeitslosigkeit zu lösen, sondern da muß das gesamte Volk zusammenarbeiten, es muß uns gelingen, neue Absatzmärkte zu schaffen. Die Zahlung von Arbeitslosenunterstützungen ist ja das letzte Auskunftsmittel. Das Ziel der Arbeitslosenfürsorge muß sein, den Arbeitslosen, die Arbeit

suchen, die entsprechende Arbeit zu verschaffen. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Bundesminister Dr. **Schürff**: Hohes Haus! In der dringlichen Anfrage sind einige Angelegenheiten erörtert, beziehungsweise Fragen in diesen Angelegenheiten an mich gestellt worden, die ich in möglichster Ausführlichkeit behandeln will. Ich möchte aber das hohe Haus denn doch um Berücksichtigung des Umstandes bitten, daß es natürlich nicht so einfach ist, innerhalb der kurzen Frist von einer Stunde, die man zur Beantwortung einer derartigen Anfrage hat, alle Details, die eine solche Angelegenheit betreffen, überhaupt darstellen zu können. Ich muß daher um Nachsicht ersuchen, falls ich in der einen oder anderen Einzelfrage nicht in der Lage sein sollte, eine genügende Antwort zu erteilen.

Bezüglich der Beschwerde, daß im Telephon- und Telegraphenbetrieb ähnliche Erscheinungen, wie sie in der Anfrage allgemein geschildert wurden, vorgekommen seien, nämlich, daß Aushilfskräfte und Vertragsangestellte, die ohnedies eine geringe Entlohnung beziehen, auf die Arbeitslosenunterstützung verwiesen wurden, ohne daß man behaupten könnte, daß alle die beabsichtigten und notwendigen Arbeiten schon durchgeführt wären, erlaube ich mir folgendes zu antworten: In den letzten Tagen ist der Krankenstand in den Wiener Telephonzentralen, der gewöhnlich 6 bis 7 Prozent beträgt, auf 11'2 Prozent gestiegen, so daß gestern insgesamt 125 Beamtinnen krank gemeldet waren. Laut Angabe der Telegraphendirektion kann dieser Krankenstand noch durch interne Personalmaßnahmen ohne Neuaufnahme von Vertragsangestellten gedeckt werden. Sollte der Krankenstand noch wesentlich steigen, so werden Urlaubserfahrkäfte in der nötigen Zahl einberufen werden. Übrigens hat die Postverwaltung vor kurzem etwa 30 Urlaubserfahrkäfte, die überzählig waren, weiter behalten. Auch diese können für die jetzigen Abgänge verwendet werden.

Die Postverwaltung hat auch zur möglichsten Vinderung der Arbeitslosigkeit die Bestellungen möglichst auf frühere Termine verlegt und im Jänner und Februar Bestellungen von ungefähr 6'3 Millionen Schilling hinausgegeben.

Ich komme nun zur zweiten Frage, die in der dringlichen Anfrage berührt worden ist: das ist das Ansuchen der alpenländischen Bergbaugesellschaft bei Bichl zwischen Ramsberg und Mayrhofen in Tirol, einen Schachtofen zur Verarbeitung von Rohmagnetit zu errichten. Ich möchte betonen, daß diese Gesellschaft aus wirtschaftlichen Gründen ihr Ansuchen zurückgezogen hat, wodurch die Sache gegenstandslos geworden ist. (*Zwischenruf des Abg. Pölzer.*) Ich bitte, Herr Kollega, mich weitersprechen zu lassen. Die Gesellschaft beabsichtigt nunmehr die Errichtung einer Magnetitbrennanlage in Jenbach; das bezügliche Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Beigefügt wird, daß die kommissionelle Verhandlung über das ersterwähnte Projekt durch die zuständige politische Bezirksbehörde erhabenemassen in durchaus objektiver Weise durchgeführt worden ist. Ein neues Projekt ist also jetzt anhängig. Die Bezirkshauptmannschaft und auch die Landesregierung von Tirol hat dieses bewilligt. Amraier haben jetzt einen Rekurs beim Ministerium eingebracht, der vorgestern eingelaufen ist und nunmehr behandelt wird. Es ist klar, daß ich über die meritorische Erledigung dieses erst in allerletzter Zeit eingelangten Rekurses heute noch keine Auskunft geben kann, weil noch Erhebungen seitens des Ministeriums eingeleitet werden müssen.

Die dritte Frage, die mich als Minister für Handel und Verkehr beschäftigt, ist die Angelegenheit Korneuburg. Auch diese Angelegenheit beschäftigt das Ministerium erst seit kurzer Zeit, da der Akt auch erst vor wenigen Tagen eingelaufen ist. Ich bin über diese Sache hauptsächlich durch zwei Deputationen informiert worden, die vorgestern und gestern zu mir gekommen sind, und möchte mir nur erlauben, die Geschichte dieser mich jetzt beschäftigenden Frage durch Mitteilungen aus dem mir zur Verfügung stehenden Akt darzustellen.

Die österreichische Erdöl-A. G. in Wien, IV., Margaretenstraße 22, beabsichtigt, auf den von ihr gepachteten Gründen des ehemaligen Eisenbahnschleppdepots Korneuburg eine Betriebsanlage für Mineralöldestillation und -raffination zu errichten. Das zu verarbeitende Rohprodukt wird aus Tankschiffen, die an der Korneuburger Lände anlegen, gepumpt, in sieben, am Donauufer befindliche eiserne Reservoirs gefördert und in diesen eingelagert. Die Pumpen samt Zubehör sind in einer Pumpstation am Ufer auf Parzelle 1144/5 K, Gemeinde Kriegendorf, untergebracht. Für den täglichen Bedarf an Rohprodukt von ungefähr vier Zisternen (Kesselwaggons à 10 Tonnen) wird auf Fabriksterritorium ein Lagerbehälter errichtet werden, außerdem sind für den Betrieb drei Lagerbehälter für Zwischenprodukte projektiert.

Der Rohproduktlagerbehälter ist einerseits mittels Rohrleitung (Pipeline) mit den am Donauufer befindlichen Reservoirs und anderseits mit der Destillationsanlage verbunden. Die Zwischenproduktlagerbehälter sind mit den zugehörigen Betriebs teilen durch Rohrstrang verbunden. Die Destillationsanlage ist getrennt von der Raffination in gesonderten Objekten angeordnet. Angeschlossen an die Raffination ist auch eine Erzeugung für konsistente Sette vorgesehen.

Die Betriebsteile werden teils in bestehenden, teils in neu herzustellenden Objekten untergebracht. Sie sind untereinander und mit dem Hauptstrang der österreichischen Bundesbahnen durch eine bereits bestehende Schleppgeleiseanlage verbunden. Weiters sind Lagerbehälter für Benzin als Fertigprodukt

sowie eine Kläranlage zur Reinigung der Abwässer und eine Verladestation projektiert. Als Nebetriebe sind ein Laboratorium, eine Schmiede und Werkstätte, eine Auto- und Wagenremise und schließlich ein Wohngebäude vorgesehen.

Die Erdöl-A. G. hat weiters das Ansuchen gestellt, daß ihr zum Zwecke des Anlegens der Tankschiffe ein Teil des öffentlichen Landungsplatzes in Korneuburg als privater Landungsplatz zugewiesen werde, und um die wasserrechtliche Bewilligung ersucht, die erforderlichen Landungsvorrichtungen herstellen zu dürfen. Ferner hat die Erdöl-A. G. um die wasserrechtliche Bewilligung ersucht, für Betriebszwecke aus der Donau mittels einer Wasserleitung eine Wassermenge von durchschnittlich 108.000 Liter pro Stunde entnehmen, das abfallende Betriebswasser ungefähr in der gleichen Stundemenge mittels eines eigenen Abfluskanals in die Donau wieder rückleiten und die für die Entnahme und Rückleitung erforderlichen Einbauten vornehmen zu dürfen. Über dieses gesamte Bauvorhaben wurde vom Amte der n. ö. Landesregierung die Verhandlung gemäß den Bestimmungen des III. Hauptstückes und gemäß des § 142 Gewerbeordnung, sowie gemäß den §§ 16, 71, 72 und 79 des n. ö. Wasserrechtsgesetzes vom 28. August 1870, L. G. Bl. Nr. 56, für die Tage vom 21. bis 23. Dezember 1925 angeordnet.

Aus der Verhandlungsschrift ist zu entnehmen, daß der Amtsarzt der Bezirkshauptmannschaft Korneuburg gegen das Projekt bei Vorbeschreibung gewisser Bedingungen keinen Einwand erhoben hat, ebenso der Amtssachverständige im Fischereisache, die Vertreter der Donauregulierungskommission, der königlich ungarischen Fluß- und Seeschiffahrts-A. G., des Zolloberammtes Wien und der Gemeinde Kriegendorf. Auch der Vertreter des Bundesministeriums für Handel und Verkehr als Eisenbahnaufsichtsbehörde hat keinen Einwand erhoben, jedoch festgestellt, daß die Betriebsanlage zum großen Teile Bahngrund in Anspruch nimmt und zum Teil auch Eisenbahnzwecken (Verladen in Eisenbahnfahrzeuge) dient, und verlangt daher, daß der Konzesswerber gemäß den Bestimmungen der Ministerialverordnung vom 25. Jänner 1879, R. G. Bl. Nr. 19, auch die hierzu erforderliche eisenbahnbehördliche Genehmigung einhole.

Einwendungen gegen das Projekt haben erhoben die Stadtgemeinde Korneuburg und die Gemeinde Lang-Enzersdorf, der Turnverein und die landwirtschaftliche Genossenschaft Korneuburg, das Chorherrenstift Klosterneuburg und 16 Besitzer benachbarter Grundstücke und Häuser. (Zwischenrufe.)

Hohes Haus! Die Frage hat nach den mir jetzt noch in Erinnerung befindlichen Nachrichten zunächst einmal die Gemeinde Korneuburg beschäftigt, und zwar ist bereits im Jahre 1924 einstimmig ein

ablehnender Beschluß der Gemeindevertretung zustande gekommen. Die jetzige Gemeindevertretung ist zu einer Entscheidung in dieser Sache nicht mehr gekommen, weil durch das Weggehen eines Teiles der Gemeindevertreter in der zu diesem Zweck einberufenen Gemeinderatsitzung — ich glaube, es waren die nationalsozialistischen und die sozialdemokratischen Vertreter — ein Beschluß nicht möglich gewesen ist. Die Frage ist dann durch die n. ö. Landesregierung am 7. Februar d. J. entschieden worden, und zwar mit folgendem Wortlaut (*liest*):

„Auf Grund des Ergebnisses der kommissionellen Verhandlung am 21., 22. und 23. Dezember 1925 und des vorliegenden Gutachtens der technischen Amtssachverständigen ist der Landeshauptmann nicht in der Lage, auszusprechen, daß die von der österreichischen Erdöl-A. G. in Wien, IV., Margaretenstraße 22, beantragte Betriebsanlage für Mineralölbdestillation und -raffination in gewerbepolizeilicher Beziehung zulässig sei und daher genehmigt werden könne, weil bei der örtlichen Lage der beabsichtigten Anlagen und nach der Art des Betriebes eine das zulässige Maß überschreitende Geruchsbelästigung der Nachbarschaft nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden kann.“ (*Heiterkeit.*)

Gegen diese Entscheidung hat die Erdöl-A. G. rechtzeitig vom 13. bis 18. Februar die Berufung eingebracht, in der ausgeführt wird, daß die Mineralölprodukte ausschließlich in geschlossenen Gefäßen aufbewahrt, in geschlossenen Rohrleitungen geführt und in vollkommen geschlossener Apparatur verarbeitet werden; außerdem erscheint durch alle bei der örtlichen Erhebung gemachten Vorschreibungen eine Geruchsbelästigung für die Anrainer fast gänzlich ausgeschlossen.

Hohes Haus! Es sind bei mir Deputationen erschienen, die für und gegen dieses Projekt Stellung nahmen und insbesondere darauf hingewiesen haben, daß die Hauptstreitfragen sich auf die Feuergefahr und auf die Geruchsbelästigung für die umliegenden Objekte und Gemeinden beziehen. Um nun hier das entsprechende Gutachten einer berufenen Behörde, und zwar der obersten Sanitätsbehörde, zu erhalten, habe ich bereits veranlaßt, daß der betreffende Akt an das Ministerium für soziale Verwaltung (Volks-gesundheit) weitergeleitet wird, und zwar mit folgenden begleitenden Worten (*liest*):

„Bei der kommissionellen Verhandlung wurde gegen die projektierte Betriebsanlage unter anderem auch die Einwendung erhoben, daß deren mit schwefliger Säure versetzten Rauchgase einen schädigenden Einfluß auf die den benachbarten Platz des Turnvereines Kornenburg benutzenden Personen, insbesondere der im Kindesalter stehenden Turner herbeiführen werde, da bei der Ausführung von körperlichen Übungen eine erhöhte Lungentätigkeit eintritt, weshalb die Einatmung verunreinigter Luft

eine dauernde Gesundheitschädigung herbeiführen müsse.

Das Bundesministerium für Handel und Verkehr ersucht unter Hinweis auf die Gutachten der Amtssachverständigen und der landwirtschaftlich-chemischen Bundesversuchsanstalt (Seite 70 bis 76 der Verhandlungsschrift) um die ehegefalligste Mitteilung der dortigen Stellungnahme darüber, ob und inwieweit diese ausgesprochene Befürchtung zutreffend erscheint.“

Wir werden sofort nach Einlangen dieses Gutachtens des Ministeriums für soziale Verwaltung die entsprechende meritorische Entscheidung treffen und ich hoffe, daß auf Grund dieser objektiven Entscheidung, die frei sein wird von allen politischen Momenten und Einflüssen, eine entsprechende Beruhigung in der Gemeinde Kornenburg eintreten wird. (*Lebhafter Beifall.*)

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft **Thaler**: Hohes Haus! Bezüglich der Anfrage wegen Verwendung von Arbeitern in der Bundesforstverwaltung möchte ich zunächst hervorheben, daß die Behauptung, die Zahl der statutarischen Arbeiter sei im Jahre 1925 von 2000 auf 1300 verringert worden, nicht ganz den Tatsachen entspricht. (*Zelenka: Vielleicht ist es um einen weniger!*) Bitte, hören Sie nur! Richtiger ist, daß in dem vorerwähnten Jahre nicht ganz 400 Arbeiter im Wege der Abbaumöglichkeit aus dem aktiven Dienstverhältnisse der Bundesforstverwaltung ausgeschieden sind, wobei in jedem einzelnen Falle das Einvernehmen mit dem zuständigen Arbeiterbetriebsrate gepflogen worden ist. (*Zelenka: Das ist unwahr, weil ich selbst im Zentralbetriebsrat sitze! Das ist eine Lüge!*)

Präsident: Herr Abgeordneter Zelenka, ich rufe Sie zur Ordnung! Das geht nicht! (*Zahlreiche Zwischenrufe.*)

Bundesminister **Thaler**: Ich möchte den Herren mitteilen, daß es mir allerdings nicht möglich gewesen ist, in der Zwischenzeit für alle diese meine Behauptungen auch schon den Wahrheitsbeweis in der Hand zu haben, aber ich werde ihn beibringen. (*Zwischenrufe.*)

Hinsichtlich der erwähnten Dienstausschreibungen in einzelnen Wirtschaftsbezirken mit statutarischer Arbeiterschaft möchte ich darauf hinweisen, daß alljährlich seit jeher um diese Zeit nach Beendigung der Winterarbeiten und vor Beginn der Kulturarbeit eine Periode der Beschäftigungslosigkeit eintritt, die mit keiner forstlichen Arbeit ausgefüllt werden kann; der Not der Zeit Rechnung tragend hat das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft Verhandlungen über die Einschaltung von Wildbachverbauungsarbeiten in Gosau und Murach geführt, um eine Verdienstmöglichkeit zu schaffen.

Weiters wurde gesagt, daß der Verwaltungsapparat in der Bundesforstverwaltung nicht ver-

ringert worden wäre. Ich muß dies richtigstellen und betonen, daß im Jahre 1925 über 50 Beamte der Bundesforstverwaltung bereits abgebaut wurden und unerfetzt geblieben sind und daß erst seit dem 1. Jänner 1926 durch das Reformgesetz die Möglichkeit gegeben erscheint, eine weitere Vereinfachung des Verwaltungsapparates in der Bundesforstverwaltung durchzuführen.

Der Herr Nationalrat Abram hat mich apostrophiert, daß ich derjenige gewesen sei, der es verhindert hätte, daß im Zillertal ein Magnesitofen errichtet worden ist. Meine Herren! Ich gebe es zu, ich bin es gewesen, der an der Spitze der Bauernschaft und an der Spitze der Interessenten für den Fremdenverkehr die Errichtung eines Schachtofens mitten im Zillertal und in Jenbach verhindert hat. (Hört!) Das gebe ich zu, aber es geschah aus dem Grunde, weil ich es für unwirtschaftlich halte (Zwischenrufe),...

Präsident: Ich bitte um Ruhe, meine Herren!

Bundesminister Thaler: ... daß man 50 Arbeitern der chemischen Industrie Arbeit gibt und 500 Arbeitern, die durch den Fremdenverkehr Arbeit bekommen, diese Arbeit nimmt. (Lebhafter Beifall.)

Unrichtig ist es ferner auch, wie es in der Interpellation geheißen hat, daß der Klerus geheßt hat. Ich sage und konstatiere, daß bei der großen Demonstrationsversammlung in Mayrhofen nicht ein einziger Geistlicher gewesen ist und daß zu mir, der ich in dieser Beziehung der Wortführer gewesen bin, noch nie ein Geistlicher über diesen Gegenstand gesprochen hat. (Hört! Hört!)

Ich möchte weiters konstatieren, daß die Tiroler Landesregierung zur Errichtung eines Schachtofens im Zillertal, in einer Gegend, wo der Fremdenverkehr nicht umgebracht werden kann, bereits die Zustimmung gegeben hat. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Zelenka: Hohes Haus! Ich möchte, bevor ich mit meinen Ausführungen beginne, konstatieren, daß ich mit dem Ausdrucke „Lüge“ nicht den Herrn Minister persönlich gemeint habe, ich muß es aber als Mitglied des Zentralbetriebsrates zurückweisen, daß man dem Minister Berichte gibt, die auf Unwahrheit beruhen. Der Herr Minister für soziale Verwaltung hat gleich am Anfange seiner Ausführungen versuchen müssen, den Bligableiter abzugeben, indem er in einer Form Erklärungen hier abgegeben hat, die niemand in Österreich begreifen wird, der ein bißchen Verantwortlichkeitsgefühl hat und sich mit der großen Wirtschaftskrise und mit der großen Arbeitslosigkeit seit Jahr und Tag beschäftigt. Gewerkschaften und Arbeiterkammern beschäftigen sich mit dieser Frage, immer wieder hört man, daß die Regierung bei den verschiedensten Gelegenheiten erklärt, sie werde das und jenes unterstützen, sie werde in dieser oder in jener Form etwas unternehmen, wenn man aber dann der Sache nachgeht, sieht man,

daß die Unterstützung von seiten der Regierung haargenau so ausschaut, wie sie der Herr Minister für soziale Verwaltung heute hier bekanntgegeben hat. Es wird herumgeredet, aber in der Sache wird gar nichts unternommen, es wird gesagt, man könne nicht vom Verwaltungsstandpunkt aus eine Milderung der Arbeitslosigkeit herbeiführen, die Regierung, die diesen Staat regiert, müsse eben alles so laufen lassen und gerade die wichtigste Frage, die Frage der Arbeitslosigkeit, einfach mit einer großen Gewissenlosigkeit an sich herankommen lassen. Nach dem Minister für soziale Verwaltung hat der Herr Bundesminister Dr. Schürff gesprochen und hat sofort auch bestätigt und natürlich bestätigen müssen, daß von der Regierung alles vorgekehrt und gemacht wird und daß es nicht wahr ist, daß von seiten der Regierung der wichtigen Frage der Arbeitslosigkeit keine große Bedeutung beigemessen wird.

Ich muß aufrichtig sagen, daß bei der Beantwortung der Dringlichkeitsanfrage, die wir gestellt haben, von keinem Minister versucht worden ist, auf den Kernpunkt der ganzen Frage einzugehen, ob wir in Österreich alles unterstützen sollen, damit neue Industrien entstehen und dadurch die Arbeitslosenfrage gemildert und die produktive Arbeitslosenfürsorge ermöglicht wird. Den Ministern hat es vielmehr gefallen, von vielerlei Dingen herumzureden, aber nicht auf den Hauptpunkt der Dringlichkeitsanfrage einzugehen. Durch das Verhalten der Regierung, die bei allen möglichen Gelegenheiten immer wieder in der Öffentlichkeit bekanntgibt, daß sie Arbeiten vergibt und daß verschiedenes für die Arbeitslosen geschieht, wird der Anschein erweckt, als würde wirklich in den Staatsbetrieben und bei den Arbeiten, die hinausgehen, alles vorgekehrt werden, um der Arbeitslosigkeit zu steuern und in dieser uns so sehr belastenden schwierigen Frage Erleichterungen zu schaffen. Dem ist aber nicht so. Wir können in den Bundesbetrieben beobachten, daß dort Arbeiten genug wären und daß die Leute, die jetzt abgebaut werden sollen, doch im Bundesvoranschlag bewilligt worden sind. Wenn wir den Bundesvoranschlag für 1926 anschauen, so hat sich doch der Herr Hoheisel die Bediensteten bewilligen lassen, während er jetzt durch die Personalvertretungen bekanntgeben läßt, daß 500 Telegraphenangestellte zu viel sind und abgebaut werden müssen. Ich bemerke dabei, daß die Personalvertretung vor zirka zwei Monaten einschreiten mußte, weil man Knall und Fall 200 Arbeiter entlassen mußte, da die Ingenieure erklärt haben, sie haben kein Geld, Arbeit wäre genug da. Man sieht also, in diesen Betrieben frantkt etwas. Es wurde wiederholt offen von der Korruption bei der Vergebung von Arbeiten gesprochen, ohne daß die Regierung sich je darüber geäußert hat, was sie in dieser Hinsicht zu tun gedenkt. Um diese Frage zu bereinigen — weil ein Unternehmer gegen andere

Unternehmer und gegen Beamte auftritt — wird gleich erklärt, daß die Behauptungen unrichtig sind, ohne eine Untersuchung durchgeführt zu haben, wie es heute der Minister getan hat, dem man diese Begründung von Seiten der untergebenen Organe geliefert hat. Und doch wäre es sicherlich möglich, in den Bundesbetrieben selbst etwas zu unternehmen und gewisse Arbeiten hinauszugeben, um der produktiven Arbeitslosenfürsorge unter die Arme zu greifen. Es ist bei einem Stande von 7000 bis 8000 Telegraphenbeamten nicht gleichgültig, wenn 500 abgebaut werden sollen. Ich erinnere daran, daß zu Weihnachten wegen zwei und drei Leuten herumgerauft wurde, damit sie nicht aufs Pflaster geworfen werden. Dabei handelt es sich nicht etwa um Saisonarbeiter, die heute kommen und einen Revers unterschreiben, daß sie jederzeit wieder gehen können, sondern es handelt sich um Leute, die eventuell schon sogar pensionsberechtigt wären, hätte man sie seinerzeit angestellt. Wir haben unter diesen 500 Leuten nur zirka 180, die Vertragsangestellte sind, aber auch schon bis zu sechs Jahren im Betriebe sind. Es handelt sich also durchwegs um Leute, die längere Zeit im Dienste stehen. Wie schaut es in den Betrieben aus? Infolge der Grippeepidemie — dafür kann die Verwaltung allerdings nichts — sind heute früh bei der Wiener Telegraphendirektion sieben Ingenieure und 24 Angestellte krankgemeldet bei einem Stande von zirka 300 Angestellten. In einer der Telephonzentralen ist ein Viertel der Bediensteten krankgemeldet. Wenn man es so macht, wie es heute die Betriebsleiter machen, daß sie die Leute, die ohnedies ihren regelmäßigen Dienst und ihren Nachtdienst machen, zurückbehalten und sie mit Überstunden entlohnen, wo die Leute seit Jahr und Tag nicht einmal die gesetzliche Sonntagsruhe und keinen freien Tag bekommen, sondern dafür bezahlt werden müssen, weil zu wenig Beamte sind, so muß man sich, auch wenn man in der Bureauratie an hervorragender Stelle steht, sagen, daß man nicht wesensfremd an so wichtigen sozialen Erscheinungen der Arbeitslosigkeit vorübergehen darf und nicht einfach auf dem Papier ausrechnet, so und so viele werden abgebaut und so viele machen Überstunden, um Personal zu ersparen, um noch mehr arbeitslos zu machen. Da muß man auch von Betriebsökonomie etwas verstehen und sich fragen, ob man denn wirklich die Leute entlassen soll, die da jetzt schon auf dem Papier stehen. Es sind das keine Leute, die mit der Telephonautomatik und deren Durchführung zu tun haben, sondern es sind Leute, die man jetzt ausgesucht hat und abbauen will. Der Dienst ist absolut nicht mehr aufrechtzuerhalten. Der Dienst, der von den Beamtinnen in den Telephonzentralen verlangt wird — wobei jetzt noch die Krankheitsepidemie dazu kommt —, führt

dazu, daß Sie in zwei bis drei Tagen die Zentralen werden einstellen müssen. Dann werden Sie sehen, was die Geschäftswelt dazu sagen wird. Das wäre absolut nicht notwendig, wenn ein bißchen mehr soziales Verständnis an den Stellen, die diese Dinge überwachen und durchführen, vorhanden wäre. Das ist seit Jahr und Tag nicht der Fall, sondern man kann sehen, daß die Personalvertretungen bei jeder Gelegenheit von den obersten Spitzen bis hinunter mit Nadelstichen verfolgt werden, wobei das Personal außerordentliche Geduld zeigt und mehr Verständnis für die Volkswirtschaft aufbringt als manche, die so hohe verantwortliche Stellen zu derartigen Schikanen mißbrauchen. Es gäbe genug Arbeiten, die hinausgegeben werden könnten, und es soll niemand sagen, daß nicht das Geld hiezu aufzubringen ist. Es ist schon vor Jahren gesagt worden, daß man das Geld hätte bekommen können, und auch jetzt werden Sie, wenn Sie zu den tausenden Abonnenten gehen, die schon jahrelang auf ein Telephon warten, und sagen, es soll ein jeder im vorhinein 200 S einzahlen, die ja die Aufnahmegebühr darstellt, die Mittel zur Verfügung erhalten, um auf diesem Gebiete mehr Investitionen vornehmen zu können. Vielleicht beschäftigt sich das Ministerium auch einmal mit dem Projekt Kolbenhejer, bei dem, wie uns vorgerechnet wurde — ich selbst konnte es nicht untersuchen, aber von dem Herrn Berichterstatter Dr. Döehnal wurde im Finanz- und Budgetausschuß darauf hingewiesen —, mehr als 12 Millionen Schilling erspart werden könnten. Das wird alles nicht gemacht. Es gäbe genug Arbeit, wenn man die schlechten Kabel, die noch bestehenden Eisenleitungen, die Dachständer nachsehen und reparieren würde. Da könnte man in Wien allein mehr als 1000 Arbeiter der Bau- und Metallbranche wieder einstellen. Ich will gar nicht davon sprechen, daß noch die Verkabelungen an der Westbahnstrecke, an der Südbahnstrecke oder der ungarischen Strecke zu machen wären. Vielleicht kommen Sie einmal nach Eisenstadt, Herr Minister — Sie reisen ja viel herum — und schauen Sie sich die Wirtschaft dort an! Da muß man überhaupt aufpassen, daß einem nicht die Dachständer auf den Kopf fallen. Solche Schweinereien mußten wir von den Ungarn übernehmen! Arbeiten sind also genug vorhanden, man müßte nur seitens der Generaldirektion an die Regierung herantreten, daß nicht nur die Mittel, die im Budget vorgesehen sind, angewendet werden, sondern auch noch andere darüber hinaus, denn es wird für Telefonsachen genug Geld zu haben sein, wenn es sich darum handeln wird, die Linien auszubauen. Wenn diese Verkabelungen und der Ausbau des Ortsnetzes in den Bundesländern gemacht würden, würde es in den Bundesländern nicht so viele Beschwerden geben, daß Gespräche mit Wien überhaupt nicht möglich

feien. Tausende von Gesprächen werden im Jahre angemeldet und dann wieder abgemeldet, weil sie nicht durchführbar sind, da unsere Leitungen so schlecht sind. Sollte sich nicht damit als mit einer produktiven Arbeitslosenfürsorge die Regierung beschäftigen? Das weiß man schon seit Jahr und Tag, es geschieht aber nichts. Packen Sie sich zusammen und gehen Sie einmal zu einem Arbeitslosen, gehen Sie zu den Familien der Arbeitslosen und schauen Sie sich die Kinder an! Dann werden Sie weniger Ruhe haben und mehr Verantwortlichkeit empfinden, wenn Sie sehen, wie tierisch die Leute leben und wie die armen Kinder zusammenbrechen, kurz, wenn Sie sich das ganze Elend einmal ansehen werden. Ich bin in einem Wahlbezirk, wo man das alltäglich sehen kann, wo einem das Herz bricht, wenn man sieht, wie die Arbeitslosen leiden müssen. Es sollte schon etwas mehr gemacht werden und von einem Abbau in den Betrieben sollte überhaupt nicht gesprochen werden. Auch die Doppeldienstleistungen müssen endlich einmal ein Ende haben und Dienst erleichterungen eintreten, weil sonst das Personal viel zu sehr abgenützt wird, und das wird sich später in Form der Pensionslasten bemerkbar machen.

Ich habe nicht nur im Telefonwesen die Wege gezeigt, wie es möglich wäre, in Form der produktiven Arbeitslosenfürsorge zu unterstützen, es ist dasselbe auch im Forstwesen. Über das Forstwesen selbst hat Herr Minister Thaler ja wenig gesprochen, es ist ihm nur etwas von dem Herrn Sektionschef Löw unterbreitet worden. Ich muß dazu sagen, daß unsere Leute aus dem Zentralbetriebsrat — ich selbst bin ja Vorsitzender — nicht einmal, sondern oft und oft gekommen sind und nachgewiesen haben, daß die Behauptungen, die von den verschiedenen Forstverwaltungen aufgestellt wurden, nicht auf Wahrheit beruhen. Erst in der letzten Zeit haben Sie sich selbst davon überzeugen müssen, daß die Mitteilung zum Beispiel der Verwaltung in Wegscheid falsch ist, daß sie nicht der Wahrheit entspricht. Wenn Sie dann sagen, Herr Minister, es sind nicht ganz 700, so sind es halt 699 oder 698, aber wir können ja zusammenzählen, wie viele es sind. In Mitterndorf werden jetzt 50 ausgestellt, ähnlich ist es in Gosau, wo es gar keine Industrie gibt, das gar kein Industriebezirk ist. Das machen Sie, nicht weil sie keine Arbeit haben, sondern weil, wie man sich einmal verlaublich machen lassen, durch die im Nationalrat angenommene Entschließung ein Pensionszuschuß für die unständigen Arbeiter unmöglich gemacht werden soll. Deshalb erfolgt der Abbau aller dieser unständigen Arbeiter. Es wäre vielleicht notwendig, daß endlich einmal, wie es das Gesetz vorgeschrieben hat, das Dienstrecht für den ganzen Betrieb ausgearbeitet und fertiggestellt wird, denn diese Vorschriften hätten nach dem Gesetz schon

am 1. Jänner herausgegeben werden sollen. Es ist eine Unwahrheit, wenn behauptet wird, daß mit der ständigen Personalvertretung des Betriebes, mit den Betriebsräten, Fühlung genommen wird — die Leute werden entlassen, kein Mensch weiß etwas davon. Ja, sie haben es noch ganz anders gemacht: Sie haben heute Leute entlassen, morgen aber wieder zurückgerufen und ihnen mitgeteilt, wenn sie mit Freigebing usw. einverstanden wären, wäre es zu machen, daß sie wieder Arbeit bekämen. Da sieht man ja, worum es sich handelt: um eine Preisunterbietung. Dabei bringt man noch, wie Herr Thaler, den Mut auf, zu sagen, daß die Angelegenheiten der Beamten, die in den Forstverwaltungen beschäftigt sind, schon lange vollkommen in Ordnung sind. Da muß ich nur eines sagen: Schauen wir uns Hallstatt an! Bei 17 Arbeitern sind dort neun Beamte. Ähnliches ließe sich noch von vielen anderen Orten, so von Wegscheid, Mitterndorf und Gosern und vielen anderen anführen. Ich will hier gewiß nicht gegen die Beamten Stellung nehmen, sondern es handelt sich darum, daß auf diese Weise die Verwaltungskosten pro Raummeter Holz so hoch werden, daß unser Holz gegenüber dem ausländischen nicht mehr konkurrenzfähig erscheint. Da muß Ordnung gemacht werden. Es handelt sich gewiß nicht darum, daß man die Beamten, die genau so arme Teufel sind wie die anderen, abbauen soll. Ich behaupte von dieser Stelle aus, daß die ganzen Manipulationen nur darauf zurückzuführen sind, daß am 28. Februar der Lohnvertrag abgelaufen ist und bei einer Neuherstellung des Lohnvertrages nun wieder gedrückt werden soll, damit ein schlechter Lohnvertrag abgeschlossen wird. Das ist das Ganze. (*Buchinger: Er ist ja gekündigt worden!*) Weil er eben gekündigt werden mußte, das sollten Sie ja wissen, Sie haben ja den Lohnvertrag mit mir abgeschlossen! Am 28. Februar muß der Vertrag immer auf ein Jahr geändert werden. Man sieht also ganz gut, daß in den verschiedenen Betrieben Arbeit genug vorhanden wäre, die vergeben werden könnte. Es ist das ein Gebot der produktiven Arbeitslosenfürsorge, das sich die Regierung schon etwas mehr angelegen sein lassen könnte. Aber vielleicht warten Sie so lange, bis es wirklich Arbeitslose gibt, denen es schon gleichgültig ist, ob sie leben oder nicht, und bis es dann infolge der Verzweiflung dieser Leute zu Vorkommnissen kommt, für die die ganze Verantwortung den Herren, die hier in der Regierung sitzen, überlassen bleiben muß. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Dr. **Gampel:** Hohes Haus! Ich sehe mich genötigt, auf die Darlegungen des Herrn Abg. Abram kurz zurückzukommen. Was den heute hier immer wieder wiederholten Fall von Kornenburg anlangt, der ja in den Ausführungen des Herrn Abg. Abram einen ziemlich breiten Raum eingenommen hat, so

möchte ich fast die Behauptung aufstellen, daß die dringliche Anfrage, welche die Herren Sozialdemokraten gestellt haben, vielleicht eigentlich deshalb eingebracht wurde, um der ganzen Affaire Korneuburg einen etwas schöneren Rahmen zu geben. Es sind insbesondere von den Abg. Bauer und Hölzl schwere Beschuldigungen gegenüber dem Turnverein Korneuburg gefallen, auf die ich im Laufe meiner Ausführungen zurückkommen werde.

Was nun die ganze Angelegenheit selbst anlangt, so ist, wie Herr Minister Schürff zum Teil schon ausgeführt hat, bereits im Jahre 1924 in derselben Angelegenheit ein Beschluß des Gemeinderates von Korneuburg gefaßt worden. (*Pölzer: Das Projekt war damals anders!*) Es war fast dasselbe Projekt; es handelt sich doch nicht darum, ob der Herr Schuster oder der Herr Meier eine Mineralölindustrie in Korneuburg gründete, sondern um die Frage als solche; denn das eine Öl stinkt genau so wie das andere, ob es jetzt vom Herrn Meier oder von Herrn Schuster hingebraucht worden ist. Es hat sich um ein ähnliches Projekt gehandelt, und damals hat die Gemeindevertretung mit sämtlichen Stimmen, also auch mit den Stimmen der Sozialdemokraten, ein solches Projekt für Korneuburg, und zwar mit dem Bemerkten abgelehnt, daß derartige Projekte für das Stadtgebiet von Korneuburg ein für allemal abgelehnt werden müssen. Nun hat die bürgerliche Mehrheit der Gemeindevertretung im Laufe der letzten Wochen und Monate versucht, einen neuerlichen Beschluß im Laufe der Angelegenheit herbeizuführen. Es ist, wie bereits ausgeführt wurde, die Schuld der Sozialdemokraten, daß ein neuerlicher Beschluß nicht gefaßt werden konnte, weil die Sozialdemokraten in der diesbezüglichen Gemeinderatsitzung sich absentiert und dadurch eine Beschlussfassung unmöglich gemacht haben, weil neben den 17 bürgerlichen Vertretern 15 Sozialdemokraten im Gemeinderate sitzen.

Ich möchte zur Sache selbst folgendes sagen: Für die Stadt Korneuburg ist gerade in der Gegend, in der die Mineralölindustrie errichtet werden soll, die einzige Möglichkeit einer Stadterweiterung. Ich bilde mir ein, das Gebiet um Korneuburg sehr genau zu kennen, vielleicht genauer als es der Herr Kollege Abram kennt. Ich weiß also, daß seit Jahren alle Bestrebungen, Häuser aufzuführen, immer in der Richtung gegen das Donaugebiet gehen, und zwar gerade in der Richtung, wo die neue Industrie errichtet werden soll. Es ist dort bekanntlich auch das Villenviertel von Korneuburg, es sind dort nicht nur bürgerliche Hausbesitzer, sondern ich kann den Herren mitteilen, daß auch sehr viele Sozialdemokraten, die dort in der Nähe angesiedelt sind, gegen das Projekt sehr energisch Stellung genommen haben. Die bürgerlichen Kreise im Gemeinderat von Korneuburg haben nun einen sehr vernünftigen

Vorschlag gemacht. Man hat nämlich den Sozialdemokraten vorgeschlagen, um die Sache nicht zu einem Politikum ausarten zu lassen, nach den Grundsätzen der Demokratie die Bevölkerung des in Betracht kommenden Gebietes selbst zu befragen. Der Gemeinderat von Korneuburg hätte also eine Art Volksbefragung veranstaltet. Das hätte vielleicht nicht nur die Gemeinde Korneuburg, sondern auch die Gemeinde Bisamberg, die ebenfalls betroffen ist, durchführen können. Was geschah nun? Diese Volksbefragung haben die Sozialdemokraten in Korneuburg, wie mir mitgeteilt wurde, von Haus aus abgelehnt. (*Rufe: Hört! Hört!*) Man muß schon sagen, daß wir nicht päpstlicher sein wollen als der Papst selbst. In erster Linie hat doch wegen der Errichtung einer solchen Industrie immer die Bevölkerung als solche zu entscheiden.

An der Geruchsgefahr muß meines Erachtens viel daran sein, wenn auch sozialdemokratische Unrainer und die sozialdemokratische Bevölkerung selbst in weiten Kreisen gegen das Projekt Stellung genommen haben. Selbstverständlich gibt es auf der einen Seite Sachverständigengutachten, die erklären, mit dem Geruch sei es nicht so gefährlich, da ja alles in hermetisch abgeschlossenen Gefäßen sei. Andere Sachverständige behaupten aber das Gegenteil. Ich möchte da nur auf einige praktische Beispiele hinweisen. Bekanntlich hat sich die Gemeinde Wien auch unter der Regierung der Sozialdemokratie wiederholt geweigert, solche Industrien unmittelbar im Stadtgebiete von Wien errichten zu lassen. Ich denke nur an die Industrie König in Stadlau, die sehr weit auf das Feld hinausgehen mußte, weil damals behauptet wurde, daß die umliegenden Häuser durch den Geruch derartig belästigt würden, daß die Bewohner es nicht ertragen könnten. Nehmen Sie weiters das Beispiel von Jedlersdorf. Auch bei der Errichtung dieser Ölindustrie haben wir ein Sachverständigengutachten gehört, das erklärte, ein Geruch sei ausgeschlossen. Wer von Ihnen aber auf der Nordwestbahnstrecke hinausfährt, der wird an den heißen Sommertagen, wenn die Coupéfenster offen sind, den Geruch deutlich wahrnehmen. Ich spüre den Geruch jedesmal. Es ist ein derartiger Gestank in der Gegend, und zwar Kilometer im Umkreis, daß einfach an eine Erbauung von Häusern dort gar nicht gedacht werden kann. Fragen Sie die Bevölkerung von Jedlersdorf, was sie heute über das Sachverständigengutachten von damals sagt!

Aber, meine Herren, noch etwas! Die Gegend von Korneuburg und Bisamberg ist bekanntlich eine Sommerfrischengegend. Es kommen viele Tausende von Menschen hinaus, um dort an den Hängen des Bisamberges ihre Erholungszeit zu verbringen. In der Gegend herrscht, das ist nachzuweisen, fast das ganze Jahr über ausgesprochener Nordwestwind, er kommt von der Donau und dem Wienerwald

und bringt jede Luftverschlechterung direkt in die Gemeinden Korneuburg und Bisamberg. Auch die Anlagen von Lang-Enzersdorf — das ist wieder ein praktisches Beispiel —, die nur einen kleinen Umfang haben, zeigen heute bereits, daß dieser Geruch an heißen Tagen unerträglich ist.

Ich weiß nun nicht, was wichtiger ist; eine Industrie dort zu errichten, die nicht, wie die Herren hier behaupten 400 oder 200 Arbeiter beschäftigt, auch nicht 50, wie in dem letzten Projekt der Unternehmer schon mitgeteilt wird, sondern — und dafür werden wir den Beweis sicherlich erleben, wenn es zur Errichtung dieser Industrie kommen sollte — höchstens 15 bis 20 Arbeiter. Ich werde das sofort auch beweisen. Es handelt sich da um die Vergebung der vorhandenen Baraken, die zur Unterbringung der Industrie verwendet werden sollen. Es ist kennzeichnend für die Unternehmer, daß die größte Baracke, die in Frage kommt, von den Projektanten bereits dem Korneuburger Lagerhausverwalter angetragen wurde. Das Werk König in Stadlau, welches nach Sachverständigengutachten sicherlich weitaus größer ist als das neu zu errichtende, beschäftigt heute ungefähr 20 bis 30 Arbeiter. Es kommen also bei den glänzenden maschinellen Einrichtungen in Korneuburg im höchsten Falle nur ein bis zwei Duzend Arbeiter in Frage, und wegen dieser zwei Duzend, die bestenfalls hier beschäftigt werden können, sollen ganze Gemeinden in eine sehr schwere Gefährdung ihrer sanitären und wirtschaftlichen Situation gebracht werden?

Ich glaube also, man sollte die Angelegenheit nicht darauf zuspitzen, daß hier der deutschnationale Turnverein von Korneuburg ein Interesse hat. Die Herren Dr. Bauer und Pölzer haben unrecht . . . (Pölzer: Das habe ich gesagt!) Herr Dr. Bauer hat auch diesbezüglich einen Zwischenruf gemacht: Weil der Turnverein nicht soviel Geld bekommen habe. Ich teile Ihnen hier mit, daß an der Spitze dieses Turnvereins hochanständige Menschen stehen, die in ganz uneigennütziger Weise sich um die Erziehung unserer Jugend und auch um unsere Schuljugend in Korneuburg kümmern, denn die Schuljugend turnt dort draußen zu Hunderten gerade auf den Spielplätzen des Deutschen Turnvereins, weil Korneuburg wenige freie Plätze für die körperliche Erziehung der Jugend aufweist.

Mit diesem Plaze verhält es sich nun so. Es wurde mir von Sachverständigen mitgeteilt, daß auch das Ausströmen ganz geringer Teile dieser giftigen Gase nicht nur hinreicht, um kulturentötend zu wirken, sondern selbstverständlich auch für die Lungen, die beim Turnen und Spielen in erhöhter Arbeit sind, gewiß nicht förderlich ist.

Was aber den Turnverein anlangt, so stelle ich hier fest, daß der Turnverein nicht nur kein Geld verlangt hat, sondern daß im Gegenteil

Mittelspersonen an den Turnverein wegen Zuweisung bestimmter Summen herangetreten sind, um ihn, den man angeblich als schwerstes Hindernis in dieser Frage betrachtet, gefügig zu machen. So lautet meine Information. Der Turnverein hat von Hans aus erklärt, daß auch der größte Entschädigungsbetrag hier nicht in Betracht kommen könne, weil die Erhaltung des Turnvereins und vor allem der großen Halle, die erst kürzlich gebaut wurde, und der Spielplätze für unsere deutsche Jugend in Korneuburg viel wichtiger ist als die größte Ablösung. Es gibt hier eben keine Ablösung, der Turnverein kann anderswo seine Halle nicht mehr aufbauen, und es wäre sicherlich ein Schaden für die Bevölkerung, wenn der Turnverein weggehen müßte. Aber auch für die Anrainer. Es handelt sich nicht nur um 16, wie der Herr Minister anführte, sondern um einige Duzend. Es sollen ja weitere Häuser gebaut werden. Ich verweise darauf, daß an der Reichsstraße von Bisamberg nach Korneuburg, die ungefähr zwei Kilometer lang ist, links und rechts in den letzten Jahren seit dem Umsturz Duzende von Häusern entstanden sind, und zwar Häuser von kleinen Leuten, die, wie ich weiß, zu einem Großteil sozialdemokratisch gesinnt sind. Für diese Besitzer bildet heute schon die Staubplage eine sehr schwere Schädigung und wenn nun noch der Geruch dazu kommen soll, der von dieser Industrie über die Häuser hinwegströmen wird, so können Sie sich vorstellen, daß die Anrainer denn doch ein begreifliches Interesse haben, diese Industrie nicht unmittelbar im Stadtgebiet von Korneuburg zu bekommen.

Nun werden Sie sagen: Gibt es denn keine anderen Plätze? Darauf antworte ich: Jawohl. Die ganze Gemeinde Korneuburg, auch die bürgerlichen Vertreter, will sicherlich diese Industrie in ihrer unmittelbaren Umgebung gerne unterbringen, und es gibt auch im Inundationsgebiet, gar nicht weit von dort, Plätze, wo diese Schwierigkeiten zum Großteil überwunden werden könnten. Da spielen nun nach meiner Meinung gewisse — sagen wir — privatgeschäftliche Interessen des einen oder des anderen Herrn mit, die dahin gehen, daß dieses Industrieunternehmen absolut nur auf dem hier in Betracht kommenden Platz gebaut werden soll. Ich meine, eine Stadtgemeinde wie Korneuburg oder ein Sommerfrischort wie Bisamberg haben doch noch andere Interessen zu berücksichtigen als — ich wiederhole es — die Beschäftigung von 20 oder 25 Arbeitern oder die Verfolgung gewisser Privatinteressen einzelner Unternehmer, wenn es sich darum handelt, ein derartiges Projekt unmittelbar im Stadtgebiet ausführen zu lassen. Ich muß deshalb die Anwürfe gegen den Turnverein auf das entschiedenste zurückweisen. Der Turnverein hat hier nur seine Pflicht im Interesse der Bevölkerung erfüllt. Und wenn die Herren Sozialdemokraten die

Frage restlos klären wollen, dann bin ich bereit, sofort dafür zu sorgen, daß dieses Projekt einer Volksbefragung im Gebiete von Kornenburg unterzogen werde, und ich garantiere Ihnen, daß Sie von dieser Bevölkerung ein Urteil hören werden, das Sie nicht ermutigt, das Projekt der Industrie innerhalb des Stadtgebietes von Kornenburg noch weiter zu betreiben. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Niedrist: Hohes Haus! In der heutigen dringlichen Anfrage ist auch unter anderem das Zillertal erwähnt worden, und es hat sich ein Kollege aus Tirol bemüht, sich hier zu betonen, daß lungenkräftige Bauernführer die Industrialisierung Tirols verhindern. Weil ich glaube, daß ich selbst ziemlich lungenkräftig bin und nicht durch die Nase spreche, so bin wohl auch ich unter diesen lungenkräftigen Bauern gemeint. *(Heiterkeit.)* Dazu ist aber eine Richtigstellung notwendig. Der Sachverhalt ist folgender: Ich wußte, daß im hinteren Zillertal, in Lannersbach und Tux, auf einer Alpe Mineralien, wie Magnesit, vorkommen. Man hat darüber verhandelt und ist dann schlüssig geworden und hat eine Seilbahn gebaut. Die Gewinnung dieser Mineralien auf den Alpen ist ohne weiteres zugestanden worden, ebenso der Bau der Seilbahn, und die Zillertalbahn wird den Transport der Roherze durchführen. Mehr wußte ich von der ganzen Sache nicht.

Am 17. März 1925 — gerade vor einem Jahr — bekomme ich ein Telegramm vom Bürgermeister in Zell am Ziller des Inhaltes: „19. März ist eine Protestversammlung gegen die Magnesitwerke, komme bestimmt.“ Magnesit ist für mich natürlich so etwas wie Astronomie *(Heiterkeit)*, und daher habe ich mich sofort beim Minister Schürff und seinen untergeordneten Beamten über diese Sache erkundigt. Ich habe aber leider sofort bemerkt, daß es sich da um eine stinkende, rauchende Anlage handelt. Bei dieser Protestversammlung am 19. März 1925 waren die Bürgermeister des ganzen Zillertales — sie vertreten 25 Gemeinden — anwesend, weiters die Obmänner der Verschönerungsvereine, die Obmänner der Sportvereine, kurz und gut, es war alles da. Und es wurde ein so deutlicher Protest gegen diese Anlage erhoben, daß er bei den Behörden nicht überhört werden konnte. Ich habe mich nun weiters über die verderblichen Folgen dieser Anlage insbesondere für den Fremdenverkehr erkundigt und mir von der Zillertalbahn statistisches Material beschaffen lassen. Nach dieser Statistik haben im Jahre 1924 nicht weniger als 100.000 Fremde das Zillertal besucht. Wenn ich nun annehme, daß eine Person nur 70.000 K verbraucht hätte — es sind aber auch viele Leute dort gewesen, die sich drei bis vier Wochen aufgehalten haben —, so macht das eine ganz gewaltige Summe aus. Das Zillertal ist eigentlich, ich möchte sagen, das einzige

Tal, wo die Leute noch gerne hingehen, um ihr Vieh wieder in Ordnung zu bringen. Dort ist eine frische, gesunde Luft, noch nicht mit giftiger Atmosphäre geschwängert, es ist dort ein gutes Wasser *(Zwischenruf)*, selbstverständlich auch ein guter Tropfen Wein *(Heiterkeit)*, eine gute Bepflanzung und eine noble Behandlung. Wir Tiroler müssen uns natürlich entscheiden, ob wir mehr Wert auf die Ausgestaltung der Industrie oder auf unseren Fremdenverkehr legen. Aber nachdem wir nun schon einmal alle Vorbedingungen für einen regen Fremdenverkehr haben, unsere Naturschätze, unsere wunderschönen Berge und Täler, müssen wir dies doch berücksichtigen. Wenn betont wurde, daß auch durch die Arbeiter Geld hereinkommt, so möchte ich feststellen, daß nach meinen Erkundigungen bei einem Ofen mit modernen Einrichtungen nicht mehr als fünf, sechs Leute beschäftigt sind. Der Verarbeitung des Magnesits und allen mit der Vierung, Gewinnung und Verladung zusammenhängenden Arbeiten werden wir natürlich kein Hindernis entgegensetzen, wir sind nur gegen die Verbrennung.

In der Protestversammlung in Zell ist eine Resolution gefaßt worden, die an die Landesregierung gerichtet war. Gegenüber der Notiz in der „Volks-Zeitung“, daß die Bauernführer vom Alerus aufgehetzt wurden, weil durch die Errichtung dieser Anlage Leute hereinkommen würden, die nicht in Strümpfen und kurzen Hosen herumlaufen, sondern andere Menschen, so stelle ich fest, daß diese Behauptung ganz unrichtig ist. Es war kein einziger Geistlicher bei der Protestversammlung anwesend, es hat kein einziger Geistlicher mit mir gesprochen, in der Sache Beschwerde geführt oder sich überhaupt vorher oder nachher irgendwie beteiligt. Diese Behauptung ist vollkommen aus der Luft gegriffen, die Zillertaler wissen selber, was sie wollen.

Wir haben uns selbstverständlich erkundigt, ob dieser Hochofen wirklich eine so gefährliche Gas- und Rauchentwicklung verursacht, daß dadurch eine Schädigung des Fremdenverkehrs und auch eine Schädigung der Landwirtschaft herbeigeführt werden könnte. Man ist sogar nach Beitsch in Steiermark, wo solche Öfen bestehen, hingefahren, hat sie besichtigt und hat dort gefunden, daß ganze Wälder, die schönsten Fluren und die schönsten Felder in der Umgebung von Beitsch durch diese Rauchschäden vernichtet sind. Ein weiteres Beispiel: Wer zur Sommerzeit in Mitterberg bei Bischofshofen aus dem Zug hinausschaut und die trostlose Lage sieht, wo 4, 5 Kilometer weit die Tannen, die Fichten — die Lärchen halten es noch am längsten aus — zugrunde gehen, wer also die trostlose Lage der dortigen Grundstücke sieht, wird es begreifen, daß sich nicht nur diejenigen, die für den Fremdenverkehr, sondern auch diejenigen, die für den Bauernstand sind, dafür sehr interessiert haben, daß diese Rauch-

schäden und Rauchplage nicht ins Zillertal verfrachtet werden. So war die Sachlage. Hinterher haben wir Verhandlungen in Innsbruck gehabt, aber ich kann Sie versichern, Sie können dringliche Anfragen stellen und machen, was Sie wollen, das nützt alles nichts, in das Zillertal kommt kein Hochofen hinein, weil man sich lange bemüht und lange darum gekämpft hat, bis man endlich den Fremdenverkehr in das Zillertal hineingebracht hat. Man hat die Nase gerümpft, als Bundesminister Thaler sagte, daß durch den Fremdenverkehr vielleicht 500 Leute beschäftigt werden. Ich behaupte, viel mehr. Wenn man anderswo in Tirol oder in anderen Bundesländern Umschau hält, so sieht man nicht so viele Neubauten wie in Mayrhofen. Mayrhofen ist ein einfaches Dorf, aber es wird dort im Frühjahr alles frisch angestrichen und gemalt, es wird alles hergerichtet, alle Berufsgruppen haben dort Beschäftigung, weil sich alles auf den Fremdenverkehr vorbereitet. Alle Berufe und Gewerbe haben Beschäftigung und in Massen wird dort gebaut. Ebenso ist es auch in Zell am Ziller. Sonst ist ja das Zillertal, was den Boden betrifft, ein armeseliges Tal, es sind ja nichts als Hänge, aber wenn man von Mayrhofen nach Schwarzenstein hineingeht, so kann man 14mal in Wirtshäusern einkehren und sich laben, während andere Täler kein einziges Wirtshaus haben. So schaut es im Zillertal aus. Daher ist es ausgeschlossen, daß dort eine solche Industrie auftauchen könnte. In Jenbach ist ohnedies Staub und Dreck genug vorhanden, so daß der Herr Bundesminister für Handel der Überzeugung Ausdruck gegeben hat, daß dort die Anlagen staub- und rauchfrei, also ohne Schaden angelegt, und zwar mit allen modernen und technischen Einrichtungen ausgestattet werden können. Aber auch diese Überzeugung hat nicht gewirkt. Wir werden auch dort die Verpestung der Luft nicht zulassen. Herr Bürgermeister Seitz, Sie lächeln jetzt, aber ich glaube nicht, daß Sie einmal vor dem Rathaus oder der Oper, wo der stärkste Fremdenverkehr ist, oder vor den großen Hotels in der Innern Stadt und in der Kärntnerstraße, vor dem Hotel Bristol, Sacher usw. eine Seifensiederei errichten lassen werden. In der Innern Stadt gibt es so etwas nicht, man würde sich auch bedanken, wenn man einen Magnesitofen dort aufstellen würde, wie man es im Zillertal beabsichtigt. Schauen wir nach Vandeck! Das schöne Vandeck, der Knotenpunkt für den Fremdenverkehr, für das Oberinntal, für die Schweiz und für Südtirol, ist heute eine Ruine. Die furchtbare Staub- und Rauchentwicklung in dieser Fabrik verheert die ganze Umgebung. Der Fremdenverkehr ist ausgestorben. Ich glaube es gerne, daß die Fremden nicht bleiben. Aber so eine Rauchplage hat auch das eine gute, daß das Ungeziefer, das sich in den Auen aufhält, die Fliegen

und Bremsen und ähnliche Tiere, vertrieben wird. Weil sie es nicht aushalten, halten es auch die Fremden nicht aus. Und weil wir Tiroler so viel darauf halten, daß wir kräftige Lungen haben, damit wir von der Leber weg reden und den Leuten die Wahrheit sagen können, deshalb wollen wir unsere Berge, Täler und die Schönheiten unseres Landes für den Fremdenverkehr und für unsere Gesundheit erhalten. *(Lebhafter Beifall.)*

Bölzer: Hohes Haus! Ich möchte zunächst feststellen, daß uns die Gründung der Erdöl-M. G. eigentlich nichts angeht und wir mit ihr nichts zu tun haben. Wenn wir uns dagegen wehren, daß die Gründung dieses Unternehmens verhindert werden soll, so geschah es deswegen, weil bei diesem Unternehmen 100 bis 150 Arbeiter, die heute arbeitslos sind, Beschäftigung finden sollen. Die Informationen des Herrn Kollegen Dr. Hampel, wonach es sich nur um Arbeitsgelegenheit für ein oder zwei Duzend Menschen handelt, dürften nicht richtig sein, mindestens so weit mir versichert wird. Es ist auch gar nicht denkbar, bei dem ungeheuren großen Unternehmen, das sich da aufbaut, mit zwei Duzend Menschen das Auslangen zu finden. Das ist nach allen Erfahrungen höchst unwahrscheinlich. Es wird sich schon darum handeln, daß 100 bis 150 Menschen da Arbeit finden. *(Dr. Hampel: Wissen Sie, daß die Interessenten selbst jetzt nur mehr von 50 Arbeitern sprechen?)* Herr Kollege Dr. Hampel, vielleicht haben Sie das gestern abends von den Interessenten erfahren. Ich verkehre mit den Interessenten nicht, ich kann das nicht wissen, sondern ich kann es nur sagen, wie es nach der Debatte, die im Gemeinderate abgeführt wurde, mit dieser Zahl steht. Dort ist es festgestellt worden, es ist unwiderprochen geblieben auch von den Herren, die der Sache feindlich gegenüberstehen. Die hätten doch dieselben Feststellungen machen müssen, die Kollege Hampel jetzt gemacht hat. Sie wurden an Ort und Stelle, wo die Sache spielt, nicht gemacht, daher muß ich annehmen, daß meine Behauptungen richtig und die Ihrigen unrichtig sind.

Ich mußte diese Feststellung deshalb machen, weil bei der großdeutschen Partei, wie wir ganz gut wissen, Zucker und Spiritus immer eine gewisse Rolle gespielt hat, und daher muß ich feststellen, daß wir mit der Sache nichts zu tun haben, sondern ausschließlich Beweggründe . . . *(Zwischenrufe.)* Im Hause sind Sie sehr jung, Herr Kollege, aber vor dem Kriege hat das eine große Rolle gespielt, Spiritus und Zucker, gerade in Ihrer Partei.

Nun möchte ich auf die Ausführungen des Herrn Kollegen Hampel zurückkommen, der gemeint hat, die Sache sei ganz einfach: er verpflichte sich, nach Korneuburg zu gehen und die Volksbefragung dort durchzuführen. Das ist natürlich nicht der Gipfel der Weisheit, um die Industrie zu fördern. Ich bin

dessen sicher, daß sich, wenn man die Bevölkerung fragen wird, auch hier ebenso wie in anderen Orten ein Votum gegen die Gründung der Industrie ergeben wird. Von den 1600 n. ö. Landgemeinden bringe ich vielleicht 1400 auf, die gegen die Gründung von Industrien sind. Das ist nicht die größte Kunst, Landgemeinden gegen die Gründung von Industrien aufzubringen. Ich kann nur annehmen, daß es auch in Korneuburg Leute gibt, die nicht sehr erfreut darüber sind, daß ein Betrieb dorthin kommen soll, der möglicherweise nicht ganz einwandfrei ist. Und Öl hat immer einen Geruch und er ist auch bei den größten Vorsichtsmaßnahmen und bei den besten technischen Einrichtungen nicht ganz zu beseitigen. Das sei vorweg zugegeben. Die Sachverständigen natürlich sagen es anders. Ich muß doch feststellen, ich bin nicht Sachverständiger genug, um das zu beurteilen, ich führe nur an, was die Sachverständigen gesagt haben. Da liegt ein ausführliches Gutachten vor. Nur das kann maßgebend sein und nicht der Wunsch irgend jemandes, der zufällig dort ein Häuschen hat. Überdies sei festgestellt — ich habe das an Ort und Stelle konstatiert —: Gerade die Ukrainer haben nichts oder weniger einzuwenden, sondern die Entfernteren sind eigentlich diejenigen, die dagegen schüren. Da muß ich also annehmen, daß da politische und nicht wirtschaftliche Momente bei den Herrschaften maßgebend sind. Diesen Eindruck habe zumindest ich gehabt.

Noch selten habe ich eine so unzulängliche Antwort eines Ministers gehört wie die Antwort des Ministers Resch. Er hat immer davon geredet: Die Zerreißung Österreichs sei an der Arbeitslosigkeit schuld. Wie wenn das Neuigkeiten wären! Das wissen wir ja alle. Er hat uns von 280.000 Arbeitslosen erzählt usw. Das alles befreit ja niemand. Aber die Frage muß für einen Minister für soziale Verwaltung so stehen: Wenn ich in einer Kreisstadt wie Korneuburg, wo ich 400 Arbeitslose habe, die meistens der Metallindustrie angehören, wo es in der nächsten Zeit nicht sehr wahrscheinlich ist, daß die Leute in ihrer Industrie Arbeit finden, so ist es doch für mich wichtig, daß ich dort 150 Leute wegbringe, denen ich Arbeit verschaffen kann. Darum muß es sich einem Minister für soziale Verwaltung handeln. Herr Handelsminister Schürff hat natürlich andere Aufgaben. Aber für den Minister für soziale Verwaltung kommt vor allem in Betracht, ob es möglich ist, unter den gegebenen Umständen und ohne irgendeine Gefahr von den 400 zirkel die Hälfte wegzubringen. Die Antwort aber, die er erteilt hat: Reden wir von etwas anderem, ist uns ganz unbegreiflich.

In den Ausführungen des Herrn Ministers Schürff waren einige Widersprüche, die ich auch feststellen muß. Er hat eingangs gesagt, wir mügen

entschuldigen, wenn er nicht in alle Details eingeweiht sei, er habe den Akt erst seit einer Stunde, daher habe er keine genauen Informationen. Zum Schluß aber hat er erklärt: Ich muß feststellen, daß bei mir zwei Deputationen gewesen sind, die mich eingehend informiert haben. Also entweder ist das eine oder das andere wahr; entweder wußte er nichts und hat die Akten erst jetzt gesehen, oder es waren bei ihm Deputationen, die ihn informiert haben, und daher ist diese Ausrede gegenstandslos. Ich habe ihm übrigens nicht den Vorwurf gemacht, daß er unzulänglich berichtet hat, sondern diesen Vorwurf habe ich dem Minister Resch gemacht.

Der Herr Kollege Hampel hat darauf verwiesen, daß die Sache nicht neu ist, sondern daß das Projekt seit 1924 besteht. Ich weiß nicht, Herr Kollega Hampel, ob Sie sich das Projekt aus dem Jahre 1924 und das heutige angesehen und miteinander verglichen haben. Ich bin ja auch kein Fachmann und bin darauf angewiesen, wie ich von den Fachmännern informiert werde, die ja ihrerseits auch nicht Fachmänner sind, sondern Laien, die die Dinge aber aus der Nähe kennen und daher besser informiert sind als ich. Diese haben festgestellt, daß gegenüber dem ursprünglichen Projekt von 1924 wesentliche Änderungen vorgenommen worden sind, und ich muß dies auch annehmen, sonst hätten sich ja die Sanitätsbehörden nicht dafür ausgesprochen. Daß mir die Sanitätsbehörden, der Amtsarzt der Bezirkshauptmannschaft in solchen Dingen wichtiger erscheint als etwa ein Mitglied des Turnvereines, ist selbstverständlich. Ich muß mich an das Gutachten des Amtsarztes der Bezirkshauptmannschaft halten, der sagt, es ist nichts einzuwenden, und muß ihm den Vorzug geben vor einem Turner, der kommt und sagt, wenn ich da turne, werde ich dann Gase einatmen, das ist mir nicht sehr angenehm. Wichtiger ist das Gutachten des Amtsarztes und der hat — wie Kollege Abram erklärt hat — die Sache so dargestellt, daß nicht die geringste Gefahr bestehe. Ich will nicht wiederholen, aber ich glaube, alle amtlichen Instanzen, die da in Betracht kommen, wurden um ihr Gutachten befragt. Die Kommission ist ja nicht so groß, wie Kollege Abram das dargestellt hat, sondern die Kommission ist klein, aber die Sachverständigen, die Interessenten und Amtsorgane, die bei der Kommission waren, haben nicht mitentschieden; aber ihr Gutachten haben sie abgegeben, und sie haben es alle im Sinne der Förderung der Industrie und des Unternehmens abgegeben und gesagt, es bestehe nicht die geringste Gefahr, man könne der Sache ruhig zustimmen. Daher muß der Laie den Eindruck haben, daß dort etwas anderes vorgeht. (Dr. Hampel: Natürlich geht etwas anderes vor!) Natürlich geht etwas anderes vor, ich werde Ihnen gleich sagen was. Sie werden doch nicht glauben, bei uns geht etwas vor. Bei uns ist

rein das Motiv, Arbeitslose unterzubringen, maßgebend. Etwas anderes werden Sie uns nicht zumuten. (*Dr. Hampel: Gewisse Leute!*) Aber eben gewisse Leute und gewisse Vereine. Herr Dr. Hampel hat gesagt, mein Freund Bauer hätte ihm einen Vorwurf bezüglich der 350 Millionen gemacht, und er hat sich dagegen gewehrt. Ich weiß nicht, ob Dr. Bauer das gesagt hat, aber ich habe es gesagt, und ich habe es aus folgendem Grunde gesagt: Wenn einem sozialdemokratischen Turnverein öffentlich der Vorwurf gemacht wird, daß er 350 Millionen Kronen nehmen will, so wird er sich wehren, soweit und so gut er kann. Das ist ganz selbstverständlich. Die Anschuldigung wurde aber von dem Turnverein nicht entkräftet, und es wurde gar nicht der Versuch gemacht, sie zu entkräftigen. Wenn jemand dazu schweigt, wenn man ihm den Vorwurf macht, er wollte sich mit 350 Millionen bestechen lassen, dann kommt die Bevölkerung zu der Annahme, daß es wahr ist. (*Dr. Hampel: Wo ist denn der Vorwurf gefallen?*) Wenn Sie den Fleck von Ihrer Ehre weghaben wollen, dann fahren Sie gefälligst mit der Dementierspritze auf und sagen Sie, es ist nicht wahr. Dann wird die Bevölkerung auch glauben, daß es nicht wahr ist. Aber wenn Sie dazu schweigen, glaubt Ihnen kein Mensch, daß die Sache nicht richtig ist; daher muß angenommen werden, daß das Pflaster mit den 350 Millionen gehalten hätte, und auch ich muß es annehmen. (*Dr. Hampel: Wo ist die Behauptung aufgestellt worden?*) In Korneuburg, in öffentlichen Blättern ist sie aufgestellt worden. Sie können ja die Blätter berichtigen. Offenbar lesen Sie auch die Kreisblätter. Berichtigen Sie einfach.

Am wichtigsten erscheint mir also, was die Sachkörperchaften gesagt haben. Herr Kollege Hampel hat gemeint, er kenne ja Korneuburg besser als mein Freund Abram. Dem Kollegen Abram kann er das sagen, aber ich kann mir zumuten, daß ich es so gut kenne wie Sie. Und wenn Sie sagen, daß die einzige Möglichkeit einer Stadterweiterung gerade in dem Viertel bestünde, wo der Betrieb entstehen soll, dann ist das nicht richtig. Das ist leider das Überschwemmungsgebiet, bezüglich dessen ich hier schon dugend Male darauf hingewiesen habe, daß man den Donauschutzdamm erbauen soll, um diese 350 Hektar des Überschwemmungsgebietes zu schützen. Dort kann man unter Gefahren einen Betrieb hinbauen — die Werkten wurden einigemal überschwemmt —, das ist vielleicht noch erträglich; aber wenn man Wohnhäuser hinbauen würde, so müßten sie die Leute oft bei den Fenstern verlassen und beim ersten Stod einsteigen. Das ist nicht das Siedlungsgebiet, sondern das zieht sich, wie Herr Dr. Hampel richtig gesagt hat, gegen den Büamberg hinunter. Daher stimmt das nicht. Daß es denjenigen, welche jetzt dort Häuser und Villen besitzen,

nicht angenehm ist, kann ich ihnen nachfühlen. Wenn Sie mir sagen, daß es auch Sozialdemokraten gibt, die dagegen waren, so bestreite ich das gar nicht. Man kann das den Leuten gewiß nachfühlen, wenn in diese Gegend dort eine Industrie hinkommen soll, die sicherlich nicht wohlriechend wirken wird. Das sei von vornherein festgestellt.

Nun wird die Sache so dargestellt, als wenn das Territorium, um das es sich handelt, unmittelbar beim Stadtgebiet oder ganz an der Grenze wäre. Herr Kollege, Sie wissen ganz genau, daß man vom Hauptplatz der Stadt bis zu dem Ort, wo der Betrieb erbaut werden soll, eine gute Viertelstunde braucht. (*Dr. Hampel: Aber nein!*) Vielleicht sind Sie ein Schnellläufer, das mag sein. (*Heiterkeit.*) Ein Windhund läuft gewiß schneller hin, ein normaler Mensch braucht aber eine Viertelstunde. Daher ist die Gefahr nicht so groß. Überdies muß ich wieder darauf verweisen, daß nach den Schilderungen der Techniker, die ich hier vor mir habe, alle Vorichtsmaßregeln getroffen sind. Die Einwände wären ja zu verstehen, wenn es so wäre wie früher, daß das Benzin in offenen Tanks auf dem Schleppgeleise befördert werden müßte. Da würde ich gewiß selbst sagen, daß es zu riskant ist, Menschen den Zufälligkeiten auszusetzen, die sich bei solchen Transporten ergeben können. Das würde gewiß niemand befürworten. So aber wissen Sie ganz gut, daß die Sache anders ist. Es sollen große Behälter da sein, die es ermöglichen, im Moment der Gefahr den Inhalt eines Behälters in einen anderen zu pumpen. Die Techniker sagen das wenigstens; ob es richtig ist, weiß ich nicht, die Techniker würden sich aber schön bedanken, wenn so ein Laie wie ich ihrer Meinung widerstreiten würde. Nur von der Erwägung haben wir uns leiten lassen, daß alle Sachverständigen, alle Hygieniker der Ansicht waren, daß hier nichts geschehen könne. Darum wehren wir uns gegen die Abweisung von seiten der n. ö. Landesregierung. Überhaupt muß ich sagen: Eine so große Sache in drei Sätzen abtun, das ist mir wirklich bei einer Landesbehörde noch nicht vorgekommen. Es sind tatsächlich drei Sätze, es wurde ja verlesen. Die Gemeinde sagt einfach, sie will nicht, alles andere ist für sie Luft. Dagegen wehren wir uns, wir wehren uns gegen das Unrecht, das da geschieht, weil wir uns auf jede Weise für die Förderung der Industrie einsetzen und weil wir wissen, daß wir der Stadt Korneuburg dadurch einen großen Dienst erweisen. Ich will gar nicht darauf eingehen, daß sowohl von seiten Ihrer Partei wie auch von unserer Seite gesagt wurde, daß auf diese Weise wieder eine steuerkräftige Industrie in die Stadt komme. Man hat da Berechnungen aufgestellt, die ich natürlich nicht überprüfen will, es soll sich um 450 bis 500 Millionen handeln. Das alles lockt mich aber

nicht, obwohl es auch für die Stadt eine große Sache ist. Wenn die Lage so wäre, daß für die Stadt irgendeine Gefahr bestünde, könnten mich die Steuereingänge gewiß nicht verlocken.

Ich stelle nochmals fest, daß alle amtlichen Gutachten und speziell das von der landwirtschaftlich-chemischen Versuchsanstalt Wien, also einer Bundesbehörde, ausdrücklich gesagt haben, daß nicht die geringste Gefahr besteht, weder für die Mehllager noch für die anderen Dinge, die dort aufbewahrt sind. Interessant ist übrigens noch eines. Die landwirtschaftliche Genossenschaft, die den Einspruch erhob, indem sie sagte, es bestehe da für ihr lagern des Mehl eine große Gefahr, führt, wie mir von Leuten, die da oben zu Hause sind, mitgeteilt wird, ungeheuer große Bestände an Rohöl und Petroleum, die aber ganz offen gehalten werden, nicht so, wie es die Vorschriften bestimmen. Es ist daher ganz unbegreiflich, daß gerade diese Genossenschaft, die so ungeheuer große Bestände von Öl besitzt, dagegen war. Wir müssen also in dieser Sache nur Voreingenommenheit erblicken und daher den Herrn Minister ersuchen, in der objektivsten Weise zugunsten der Industrie zu entscheiden. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Abram: Hohes Haus! Der Herr Kollege Hampel meint wahrscheinlich, daß ich, weil ich im westalpinen Gebiet daheim bin und dieses Gebiet im Parlament vertritt, mich nicht der Mühe unterzogen habe, nach Vornenburg zu fahren, um mir die Sache anzusehen. Ich bin etwas weiter gegangen, Herr Kollege Hampel! Ich habe mich bei einem der hervorragenden Chemiker Österreichs erkundigt und habe gehört, daß das ganze Gelände von Wien donauaufwärts geradezu ausgezeichnet geeignet ist, die Industrie auf dem Wiener Boden zu konzentrieren.

Herr Kollege Hampel! Seit vielen Jahren beschäftigt ich mich mit der Frage, was mit Österreich und mit Deutschland sein wird. Schon im Jahre 1908, als Kollege Dr. Renner ein Buch geschrieben, die Wirtschaftslage untersucht und die Meinung ausgedrückt hat, daß sich die verschiedenen Nationen in Österreich wirtschaftlich ergänzen und bei politischer und nationaler Freiheit und Autonomie ein solcher Staat zusammenzuhalten wäre, waren es andere maßgebende Herren meiner Gruppe, die darauf hingewiesen haben, daß unter diesem Gesichtswinkel wahrscheinlich das alte Österreich nicht zusammenzuhalten sei, weil die Anziehungskraft der anderen Staaten auf die Anraier der gleichen Nationalität zu groß sei. Für mich als Tiroler war die Beobachtung der Dinge im Trentino und in Nordtirol sehr nahegelegen. Ich habe mich daher sehr früh schon — ich glaube, Sie haben den Namen Großdeutsche Partei noch nicht gehabt — mit der Frage der Vereinigung Österreichs und Deutschlands be-

schäftigt und bin früh zur Überzeugung gekommen, daß ein Zusammengehören der Deutschen Österreichs mit den Deutschen draußen eine geschichtliche Notwendigkeit werden wird. Ich habe in diesem Hause vor etwa sechs Jahren darauf hingewiesen, daß, wenn Österreich und Deutschland vereint werden, der breite Rücken der Donau, heute unausgenutzt, für Wien geradezu eine ungeheure wirtschaftliche Bedeutung hätte. Sie müssen, meine Herren, es zulassen, daß sich hier eine Industrie ansiedelt, Sie müssen zugeben, daß ein wirtschaftliches Zentrum geschaffen wird.

Wenn Sie im Wege der Volksabstimmung überall vorgehen wollen, so können Sie in einem Orte, wo sich zahlreiche Pensionisten niedergelassen haben, die die Fragen des Erwerbs- und Wirtschaftslebens fast ausschalten und nur eingestellt sind auf die Überprüfung ihrer Monatsbezüge, denen kaum die Abstimmung überlassen, sondern Sie müssen in erster Linie diejenigen Kreise heranziehen, die daran interessiert sind, das sind die Arbeiter und Arbeitslosen, und darum habe ich Ihnen das Gutachten der sozialdemokratischen Gemeindevertreter von Vornenburg ausführlich zur Kenntnis gebracht.

Sie müssen den Mut haben, zu industrialisieren. Wenn Sie es aber im ganzen Staate so machen wie bisher, daß zum Beispiel im Wiener Neustädter Gebiet die Teesdorfer Textilfabrik in der Zeit der Hochkonjunktur ihre Arbeiter im benachbarten Tattendorf in einem adeligen Schloß einquartieren will, damit sie ihren Betrieb in Teesdorf verbreiten kann und die Gemeindevertretung dieser Gemeinde den Einzug der Arbeiter und ihre Bequartierung von dem Gesichtspunkte aus verhindert, daß sie dort nicht wohnen dürfen, weil sie sonst Wähler würden und die christlichsoziale Gemeinderatsmehrheit flötengeht, so betreiben Sie damit sicherlich keine Industriepolitik. Außerdem bildet das gar keine Garantie für Ihren Sieg, denn gerade in dem Tattendorf, wo Sie die Arbeiter nicht wollten, haben Sie heute einen sozialdemokratischen Bürgermeister.

Nun zu den Alpenländern. Beim Zusammenbruch der alten Monarchie bin ich nach sieben Wochen nach Innsbruck gekommen und fand den Tiroler Landtag. Ich habe ihn wie ein halbes Irrenhaus gefunden. Alle möglichen Vorschläge wurden gemacht; jeder irgendwo in einem Dorfe wirkende Advokat hat neue Meinungen gehabt, wie man diesen Staat aufbauen mußte. Es hat nur so von Vorschlägen geschwirrt. Eine der lebendigsten Deklamationen und Deklamationen der Leute war: Ausbau der Wasserkräfte, eine eigene Industrie im Lande!

Nun ist viel Wasser den Inn hinuntergelaufen, das Land konnte nichts machen, es hat sich dann das Kapital gefunden und die Stadt Innsbruck, und nun bauen sie das größte Kraftwerk, das Partenstein und die steirischen Werke übertrifft. Es

wird im Jahre 1928 fertig sein, und wir werden für die Kraft keine Abnehmer haben, denn wenn Sie Industrien nicht zulassen, für die das Rohmaterial im Lande selbst vorhanden ist, was wollen Sie in dem kleinen Tirol mit 320.000 Einwohnern, ohne das Pustertal mit nur 280.000 Einwohnern, am Inn und in den Seitengraben für eine Industrie entwickeln neben dem industriellen Deutschland und vor sich das sich immer mehr industrialisierende Italien? Da müßten Sie doch in erster Linie Bergvorkommen, Naturschätze der Heimat industriell aufarbeiten lassen.

Nun sagt der Herr Landsmann Niedrist, er hat sich selbst mit dem Minister Thaler an die Spitze der Leute gestellt. Ich habe das früher erwähnt und mit dem Kurzwort „die lungenkräftigen Bauernführer“ bezeichnet, weil man die ganze Kommission, die wegen der Erbauung des Schachtofens in die Erlenu bei Bichl ging — nicht am schönsten Punkt vom Zillertal, das wäre eine Falschmeldung, sondern auf einen Ödplatz —, überhaupt nicht zu Worte kommen ließ. Das war eine ganz eigenartige Kommissionierung. Wenn diese Art kommissioneller Begehungen Fortschritte macht, werden wir sehr bald ganz kurios in Österreich ausschauen. Die entsandten Beamten konnten kein Wort sprechen, die Vertreter der Firmen konnten kein Wort sprechen, durch die Lungenkraft einiger hundert Leute wurde überhaupt jede Verhandlung unmöglich gemacht. So werden wir in Österreich nicht weiterkommen! Wenn in einem kleinen Orte eine Handvoll Pensionisten eine Industrialisierung verhindern kann, wenn auf der anderen Seite jede Erlenu, selbst in schattigen Gegenden, schon als wertvoller Bestandteil einer Sommerfrische angenommen wird, wenn man auch nicht modernisierte Öfen aufstellen läßt, die keinen Vergleich mit den Öfen zulassen, die Herr Kollege Niedrist in Bischofshofen beobachtet hat, wenn man überall Hemmungen aufrichtet, was für einen Rat geben Sie dann den Arbeitern und welchen Rat geben Sie vor allem sich selbst hinsichtlich der Wirtschaftslage Österreichs? Ohne Industrialisierung werden wir uns aus der gegenwärtigen Lage nicht hinausarbeiten können. Und wenn Sie in den Provinzlandtagen von der Ausnutzung der Wasserkraft reden und dort von einer ungeheuren Selbstherrlichkeit erfüllt sind, was Sie alles machen wollen, aber den bescheidensten Anlauf zur Indu-

strialisierung verhindern, dann werden Sie Wasserwerke haben, die die Erbauer aufressen, die man kaum verzinsen kann, aber eine Wirtschaft werden Sie in den Ländern nicht haben!

Wir betonen daher noch einmal, daß wir auf der ganzen Linie einheitlich für die Industrialisierung Österreichs eintreten. Ich muß mein Bedauern darüber aussprechen, daß der Herr Minister Schürff, namentlich aber der Minister für soziale Verwaltung kein besseres Verständnis für unsere Anfrage gezeigt hat. Wir müssen daraus die Schlussfolgerung ziehen, daß Sie auch nicht den Willen haben werden, energisch etwas zu tun. Wir wollen in dem einen, aber typischen Fall der Müllindustrie Kornenburg abwarten, ob die Regierung tatsächlich den Mut hat, die Errichtung dieser Anlage zu verhindern, und wir wollen abwarten, was mit dem Magnesitwerk im Zillertal geschieht. Der Herr Minister hat etwas erregt geantwortet, die Sache sei in Schwebe, aber er weiß so wie ich, daß hintenherum gearbeitet wird, daß die Ablehnung schon quasi perfekt ist. Überlegen Sie es sich, Herr Minister, und wenn Sie die Gegend nicht kennen, die Ihnen so illustrativ dargestellt wurde, und wenn Sie glauben, daß das eine so ungeheuerliche Verunglimpfung dieser Gegend wäre, dann gehen Sie hin und urteilen Sie selbst. Ich bin überzeugt, daß jeder Mensch mit fünf gesunden Sinnen sagen wird, in dieser Erlenu bei Bichl kann man einen Schachtofen errichten. (Beifall und Händeklatschen.)

Die Debatte ist hiemit abgeschlossen.

Die Regierungsvorlagen 502, 504, 505, 506, 511 und 512 werden dem Finanz- und Budgetausschuß, 503 dem Justizausschuß, 507 dem Hauptausschuß und 508 dem Verfassungsausschuß zugewiesen.

An Stelle Forstner, Hölzl und Leuthner als Ersatzmänner des Sonderausschusses zur Beratung des Zolltarifs werden Seiz, Schlesinger und Seidel Richard, an Stelle Schulz als Mitglied des Verfassungsausschusses Seidel Richard und an Stelle Rauscha als Mitglied des Verkehrsausschusses Schlesinger gewählt.

Nächste Sitzung, Mittwoch, den 17. März, 3 Uhr nachm.

L. O. vorbehalten.

Schluß der Sitzung: 2 Uhr 15 Min. nachm.